

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Schulzeitung. 1860-1933 1929**

1 (5.1.1929)

# Badische Schulzeitung

Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins und Verkündigungsstelle der Fürsorgevereine

Verantwortliche Leitung: **Abolf Lindenfesler, Heidelberg**, Werderstr. 14. Abchluss: **Mittwoch 12 Uhr**. Erscheint Samstags. Anzeigen: Die 5-gesp. 38 mm breite mm Seite Mk. 0.20, Chiffregeb. Mk. 0.50, Beilagen und Reklame-Anzeigen lt. besonderem Tarif. Bezugspreis: Monatlich 60 Pfg. einschl. Bestellgeld. Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsbuchhandlung **Konkordia** in Bühl (Baden) zu senden, alles übrige an die Leitung. Geldsendungen an die Kasse des „Badischen Lehrervereins“ nur an die Badische Beamtengeossenschaftsbank Postfachkonto 1400 Karlsruhe auf Bankkonto des V. L. V. D. 70. Geldsendungen an das Lehrheim nur an „Lehrheim Bad Freiersbach, Geschäftsstelle Offenburg, Postfachkonto Nr. 75843 Karlsruhe.“

Anzeigen-Aannahme und Druck: **Konkordia A.-G.** für Druck und Verlag, Bühl (Baden). Direktor **W. Veier**. Telefon 131. Postfachkonto 257 Amt Karlsruhe.

1.

Bühl, Samstag, den 5. Januar 1929.

67. Jahrg.

**Inhalt:** Dem neuen Jahr. — Die Studienstiftung des deutschen Volkes. — Notstandsbeihilfen an Beamte. — VII. Reichsschulmusikwoche in München-Augsburg. — Berliner Tagung der Volksbildungsverbände und der Vereinigten Prüfungsausschüsse für Jugendschriften in Berlin. — Die Feudenheimschule. — Rundschau. — Verschiedenes. — Bücherschau. — Aus den Vereinen. — Vereinstage. — Anzeigen.

## Dem neuen Jahr.

(Aphorismen von Obmann Hofheinz.)

Wird es wirklich ein „neues“ Jahr werden: ein Jahr des andersgearteten Verlaufes, der Erfüllungen; zum mindesten ein Jahr ohne jene großen Enttäuschungen im einzelnen wie im ganzen, die so leicht das Handeln lähmen, den edlen Trieben im menschlichen Dasein das Lebenslicht rauben, das Schöpferische in Volk und Individuum verkümmern lassen? Gerade wir Erzieher sind zu dieser Frage verpflichtet und berechtigt. Auf unserem Glauben und Hoffen in die Zukunft beruht ein gut Teil der Wirkung unserer Arbeit, jenes Aussehens in die Ewigkeit, dessen Wachsen und Reifen, dessen Ausstrahlung in die Generationen sich exakter Nachprüfung stets entziehen wird und darum nur auf Vertrauen gegründet sein kann.

I.

Die „Volks-Schule“ bezeichnet eigentlich das Höchste, was es in der Daseinsform des Volkes, dem Staate, geben kann: den bewußten Willen aller zur höchsten Vervollkommnung der gesamten nachkommenden Generation in Geist und Gemüt, in Wille und Tat. Diese „Volks-Schule“ ist Angelegenheit des ganzen Volkes, nicht eines Teiles, ganz gleich, ob er sich nach sozialen, gesellschaftlichen, konfessionellen oder politischen Gesichtspunkten abspaltet. Um sie ging es auch wieder im abgelaufenen Jahr. Um sie wird auch im neuen Jahr gerungen werden müssen. Vor sie wird sich in Zukunft weit mehr als in der Vergangenheit der Staat schützend stellen müssen. Hier wird sich erweisen, ob er die „Macht“ besitzt und nützen will, dieser Schutzpflicht um seiner selbst gerecht zu werden. Wir wünschen ihm diese Macht, nicht weil wir ihn zum „Despoten über alles und jedes“ setzen wollen. Nein, wir anerkennen nur die im Wandel der Zeit unverkennbare Entwicklungslinie, wonach die Ausweitung des staatlichen Wirkens auf die verschiedensten Gebiete menschlichen Lebens sich als Notwendigkeit erweist. „Es ist ein imponantes Schauspiel — sagt Kjellén mit Recht — die Idee der Staatsmacht durch die Zeiten zu verfolgen, wie sie sich bald über die private Interessensphäre ausbreitet, bald sich von ihr zurückzieht, in einem gewaltigen Rhythmus, der sich im ganzen mit dem der Weltgeschichte deckt.“

Und hat denn das Gesicht des Staates sich dadurch etwa nicht veredelt, daß er seine schützende, helfende, sichernde Betätigung auch auf die Bezirke des Sozialen, der Volksbildung und auf andere kulturelle Gebiete ausgedehnt hat? Oder stand es dem Staat besser zu Gesicht, als er sich nur als

„Rechtsschuhlieferant“ gebärdete? Die Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn, daß die Lehre vom Staat, seinem Wesen und seinen Funktionen erweitert werden müsse, „auch der Völker wegen, die gerade in dieser Zeit dringender als früher des staatspolitischen Bildungselementes bedürfen“. Der „Wille zum Volke“, den der Erzieher zu festigen und zu pflegen berufen ist, fällt heute mehr denn je für ihn zusammen mit dem Willen zum Staat, und hier ist letztlich jene These vom Bestand jedes Staates verankert: „Das Leben des Staates liegt letzten Endes in der Hand der Individuen.“

II.

In unserem deutschen Bildungswesen herrscht seit Jahr und Tag Bewegung wie kaum zuvor. Auf all seinen Teilgebieten wird erörtert und abgewogen, gerungen und geworren, als ob der fröhlichste und hoffnungsreichste Frühling eingekehrt wäre. Wenn „Bewegung“ unter allen Umständen mit „Leben“, mit sprossendem Werden gleichzusetzen wäre, dann gut. Aber um was geht es im Kreis der Fachleute und in der sog. öffentlichen Auseinandersetzung? Gewiß, auch fachliche Erziehungsprobleme werden weit und breit erörtert, gelehrte Abhandlungen sowohl über zielsetzende wie über wegweisend-methodische Fragen sind auch im abgelaufenen Jahre in großer Zahl erschienen. Auch manche geistreiche kulturpolitische Rede hat da und dort vorübergehend die Wellen gekräuselt. Aber an die Fundamente ist man nur selten gegangen. Die Auseinandersetzungen erfolgten zudem in ihren nachdrücklichsten Formen in den engeren Kreisen der Fachverbände und erstreckten sich zum überwiegenden Teil auf die Frage der — Organisation. Der „Aufstieg der Begabten“ kann nun einmal im „gründlichen“ Deutschland nicht anders als auf dem Wege über ein vielgestaltiges, vielmaschiges Bildungsnetz erfolgen, dessen heutige Unübersichtlichkeit nicht nur durch die eigenstaatliche Originalität jedes Landes und Ländchens geheiligt ist, sondern dessen abriegelnde Wirkung auch entgegen aller verfassungsrechtlichen Garantie selbst die Freizügigkeit in der Praxis wenigstens weitgehend illusorisch macht.

In Artikel 146 der Reichsverfassung steht zwar der lapidare Satz:

Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten.

Und Anschütz erläutert dieses „organisch“ so, daß „das gesamte öffentliche Schulwesen als ein „einheitlicher Organismus“ gestaltet werden soll, zu dem die einzelnen Schulen und Schularten sich verhalten wie Glieder zum Ganzen“. Dieser

„Organismus“ sieht heute leider noch nicht wie ein Ganzes aus, sondern ist bei der oft zufälligen Ausgestaltung des einen oder des anderen Teiles mehr einer Gliederpuppe ähnlich, deren Glieder dem unorganischen Ganzen angedröhrt sind. Auch sinnvolle Einzeleinrichtungen geben eben noch kein sinnvolles Ganzes, wenn der „Sinn“ nicht von diesem Ganzen her, sondern von jedem Gliede aus bestimmt werden will.

Was soll's zum Beispiel, daß dem schwäbischen Nachbarn auch nach einer leidenschaftlichen Auseinandersetzung im zur Reife gegangenen Jahr noch die siebenjährige Volksschule genügen muß, während in Baden und fast allen anderen deutschen Ländern die achtjährige Schulpflicht seit langem eine Selbstverständlichkeit ist. Selbst die neue „Grundschule“ ist trotz ihres verfassungsmäßigen Charakters ein völlig „unorganisches“ Glied, nur erwachsen auf der geheiligten Tradition des Übertritts aus dem 3. und 4. Schuljahre in die höheren Lehranstalten und auf deren „unantastbarem“ Anspruch hierauf, statt auf der grundsätzlichen Neugliederung des gesamten Bildungswesens; zugleich durchlöchert von einer die ursprüngliche Absicht der verfassunggebenden Versammlung stark beeinträchtigenden nachträglichen Ausnahmegestaltung.

Welche Zwiespältigkeiten weisen die weiteren Bildungswege und -Einrichtungen auf: Im einen Reichsgebiete der Verfassung gerechtwerdende, ausgebauten Fortbildungsschulen, im anderen notdürftige Hilfsmaßnahmen. Hier allgemeinbildende, dort berufsspezialistische Zielstellung dieser Schulen. In diesem Land ein vollwertiges Fachschulwesen, in jenem knappe Ansätze hiezu oder Verflechtung dieser Aufgabe mit der allgemeinen Fortbildungsschule. Dazu die vielerlei Varianten an „Typen“ der höheren Lehranstalten, die zwangsweise auch Varianten in der Lehrplangestaltung und damit wieder zum Teil erheblichste Schwirrigkeiten für die „Freizügigkeit“ bedingen; das — geographisch verschiedene — Vorhandensein oder Fehlen eines besonderen Systems sog. „Mittelschulen“, die keineswegs die auf sie gesetzte Hoffnung der Entlastung der eigentlichen höheren Lehranstalten erfüllen; die da und dort ganz abweichende Regelung der Mädchenschuleinrichtungen und anders mehr.

Wo ist die Sinndeutung dieser Vielgestaltigkeit? Welche Bildungswerte entspringen aus diesem Nebeneinander für die Gesamtheit? Warum nach dem Wort: Wer vieles bringt, wirft jedem etwas bringen? Hier tun Reformen dringender Reformen mit dem Ziel der sinnmäßigen Gliederung und Vereinfachung. Hier geht es nicht etwa nur um die so genannte Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung. Und hier hat trotz aller gebotenen Sparsamkeit, die in der heutigen Zeit, gerade auch um der Vermeidung bescheidener Mittel willen nicht der „Kommissar“, sondern der verantwortungsbewußte Kulturlenker das Wort. Möge er im neuen Jahr über das ganze Reichsgebiet hin zum Worte kommen.

### III.

Das Jahr 1929 wird für das deutsche Volksschulwesen in mehrfacher Richtung seine besondere Bedeutung gewinnen. Die Gestaltung seiner äußeren und inneren Form steht im Brennpunkt der Auseinandersetzung. Auch der D. L.-V. hat dem durch die Themenstellung zur bevorstehenden Dresdener Tagung „Ausbau der Volksschule“ Ausdruck gegeben. Und mit diesem Thema beginnen auch schon die Hauptfragen sich zu entwickeln. Handelt es sich hierbei um innere Ausgestaltung oder um äußere Auswirkung? Sollen die Ergebnisse der Erfahrungen und die neueren Erkenntnisse der pädagogisch-psychologischen Wissen-

schaft der Zielstellung und methodischen Verwertung nutzbar gemacht werden? Oder ist zur Ermöglichung des Lehren der Rahmen durch Erweiterung und Neugliederung zu finden? Soll den anstürmenden neuen Anforderungen des gesamten Lebens, des staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Daseinskreises, Raum geschaffen werden?

Die Forderungen des Tages treten an die Schule mit jener rücksichtslosen Selbstsucht heran, die in der dauernd wechselnden Machtstellung der einzelnen Gebiete begründet liegt. Die Abwägung und Abgrenzung ist Sache bildungs- und erziehungspolitischer Einsicht und darf nur vom Standpunkt des Ganzen aus erfolgen. Wert und Sinn hat jede Reform nur dann, wenn sie neben der nutzbaren Kraft für die materielle Lebensgestaltung des zu bildenden Individuums gleichzeitig und vor allem die geistig-sittliche Veredelung und die sozial-ethische Haltung in der Gemeinschaft fördert. Heute aber scheint sich alles um den ersten Gedanken zu bewegen. Dabei ist nicht einmal die kraftvolle Verfestigung zum Lebenskampf das heißerstrebt Ziel, sondern die „Sicherheit“, die Erlangung des „Scheines“, der die Einnahme irgend einer garantierten Lebensbahn in Aussicht stellt. Dieser Zustand geschwächter Energie im Volkstum ist leider bei den wirtschaftlichen Verhältnissen und der zum Teil durch die Wirtschaftspolitik verursachten Arbeitslage zu verstehen, doch nichts desto weniger tief betrüblich. Von hier aus ist die ungewöhnliche Inflation der letzten Jahre in den höheren Schulen erklärbar, wenn auch gesellschaftliche und Eitelkeitsmomente eine gewiß nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Der Weg über diese Inflation muß in die Irre führen, auch hinsichtlich der Bewertung der Berufswege, die unserer Jugend offen stehen.

Und trotz dieser sich anbahnenden Erkenntnis wird der Kampf um das Berechtigungsweisen geführt, als ginge es um die Seligkeit. Jede Schulgattung nimmt diesen Kampf auf, als ob ihr Bestand — nicht der ihrer Zöglinge — davon abhinge. Jede ist bemüht, Lücken in ihren „Anforderungen“ auszufüllen, zusätzliche Stoffgebiete in ihren Plan aufzunehmen, um ja den Anspruch auf Erteilung von „Berechtigungen“ begründen zu können. Die dauernd fortschreitende Auslaugung der Volksschule ist die Folge und zugleich der untrügliche Gradmesser. Und diese Erscheinung zeigt sich nicht nur in den Städten als dem Zentralort der größten Schuleinrichtungen. Auch das Land droht in diesen Prozeß einbezogen zu werden. Helfen kann da nur ein wirklicher und wirksamer Ausbau der Volksschule, damit die Bevölkerung zu ihr das volle Vertrauen haben kann, daß sie ihren neuzeitlichen Aufgaben auch voll genügen kann. Dieser Ausbau muß in erster Linie ein Innenausbau sein, muß vor allem die Arbeitsbedingungen nach der persönlichen und sachlichen Seite wesentlich günstiger gestalten, muß die Arbeitsfreudigkeit der Lehrenden dadurch verdoppelt entfachen und die Arbeitsintensität als Folgewirkung aufs höchste steigern. Im nutzlosen Kampf gegen Überbürdung und überfüllte Klassen, gegen mangelnde Einrichtungen, gegen bürokratischen Unverstand und methodische Gängelungen sich Aufreibende sind schlechte Jugenderzieher. Ihnen entschwindet das Feuer der Begeisterung, das für diesen schweren Beruf die beste motorische Kraft darstellt.

Mitverantwortlich für die heutige extensive Bildungspolitik ist die Wirtschaft, sind die weitesten Kreise der öffentlichen und privaten Arbeitgeberschaft. Der Unbequemlichkeit der freien Auslese und Auswahl und dem damit in Verbindung stehenden „möglichen“ Irrtum stellt man lieber die bequemere Form des „bescheinigten“ Bewerbers gegen-

über, behält sich aber dabei das Recht der Kritik über vermeintliche oder tatsächliche Leistungsmängel der Schule vor. Wo es aber schon dämmert, zeigt auch heute wieder die Erfahrung, daß die Qualität des Menschen im Leben und in der Art es zu meistern nicht abhängt von der Menge des angehäuften Wissensstoffes, sondern von der Schulung des Intellektes, der Stärkung des Willens, der Intensität des Handelns und nicht zuletzt von der Höhe des sittlichen Verantwortungsgefühls sich und seiner Umwelt gegenüber. Dies alles aber garantiert nicht der „Schein“, die „Berechtigung“, sondern die Persönlichkeit, die zu messen und zu wägen der Wille aufgebracht werden muß. Sind wir einmal wieder so weit, daß dies als Grundsatz überall dort anerkannt wird, wo nicht aus berufstechnischen Gründen bestimmte Nachweisungen gefordert werden müssen, dann wird der Vereinfachung des Bildungsgebäudes der Weg geebnet sein. — Was uns im neuen Jahre droht ist, daß wir auf der entgegengegesetzten Bahn weiterschreiten und daß auch die Volksschule auf sie hinübergerissen wird. Der Ausbau der Volksschule muß erfolgen, er muß aber aus innerer Notwendigkeit und aus den eigenen Gesetzen sich ergeben. Er wird deshalb auch über das bisherige achte Schuljahr hinausführen können und müssen, und es wäre nicht verständlich, wenn Schulverwaltungen Versuchen in dieser Richtung seitens leistungsfähiger Gemeinden nicht freudig zustimmen wollten. Wie denn überhaupt heute hinsichtlich aller Neuerungen und Versuchsveranstaltungen der Staat keine besseren Bundesgenossen hat als die an die Stelle der Privatinitiative, aber mit größeren Mitteln, getretenen Gemeinden. Hier, in der sachlichen und in der pädagogisch-methodischen Ausgestaltung liegt das weite Feld der Betätigung für bildungsfreudige Gemeinwesen. Hier soll die Bürgerschaft über den Rahmen der normierten Bildungspflege hinaus ein weites Feld freudiger und opferwilliger Betätigung im Interesse der eigenen Jugend ratend und tatend sich geöffnet sehen. Vielleicht wäre bei großzügigerer Öffnung dieser Schleußen ein gut Teil der Diskussion über den Ausbau der Volksschule schon durch die Praxis überholt. Was aber auch zum Ausbau der Volksschule im neuen Jahre geschehe: Möge sie davor bewahrt bleiben, aus falsch verstandenem Interesse fremden Zielen und Absichten geopfert zu werden.

## IV.

Als im Jahr 1919 der Deutsche Lehrerverein den Begriff der „Einheitschule“ formulierte, war man auf den verschiedensten Seiten sofort bereit, ihm Gleichmacherei, umstürzlerischen Radikalismus und andere Dinge zu unterstellen, und als er die aus seiner erziehungspolitischen Zielsetzung sich notwendig ergebende Forderung des „einheitlichen Lehrerstandes“ erhob, konnten hierfür nach der Meinung derer, die ihre Säune gefährdet sahen, nur standesegoistische Gründe maßgebend sein. Daß die deutsche Lehrerschaft schon seit einem Menschenalter und mehr zuvor in eingehenden Arbeiten und Untersuchungen und gestützt durch die immer wachsende Erfahrung auf Grund der stets veränderten Zeitlagen und Bedürfnisse naturnotwendig zu diesen Ergebnissen kommen mußte, war außerhalb des Volksschulkreises so gut wie allen entgangen, weil sich kaum jemand mit der Pädagogik befaßte, ja weil es in den Kreisen der akademischen Lehrer als minderbewertete Betätigung galt, sich diesen Dingen zu widmen. Fachstudien und Forschertätigkeit hatten allein Kurs und gaben allein Relief. Indessen mühten sich Tausende von Arbeitskräften an der Volksschule mit ihren bescheidenen Mitteln und Möglichkeiten ein Jahrzehnt um das andere ab in der bitteren Erkenntnis von der Unmöglich-

keit der Erfüllung ihrer Berufsaufgabe auf Grund der alten Voraussetzungen und mit dem alten Rüstzeug einer vor jeder Reform stets längst überholten Berufsbildung.

Die Verfassungsbestimmung von 1919 schien den Schlußstein hinter all dieses ehrliche Ringen von zwei Generationen zu setzen, und mit der Formel in Artikel 143 der Reichsverfassung: „Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln“, verschmilzt der Satz aus Artikel 146: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten“, zu einer höheren Einheit, aus der auch die Interpretation von Epigonen den Kern der Wahrheit nicht mehr wegzudeuten vermöchte. Das Reich glaubte bis heute aus finanziellen Erwägungen auf das vorbereitete Ausführungsgesetz verzichten zu müssen, die Länder aber gingen bekanntlich auch hier jedes seinen Weg, genau in der Richtung seiner politischen Schwergewichtslage. Dies hat man sich — auch heute — stets vor Augen zu halten, nachdem das gemeinsame erste Jahr des Bestehens der drei vorgeesehenen badischen Lehrerbildungsanstalten vor dem Abschluß steht. Die Lehrerschaft hat auch heute für das gefühllich Geschaffene nur das schmerzliche Gefühl der Enttäuschung gegenüber der Tatsache, daß gerade Baden ein anderes hätte schaffen können und müssen. Die drei (oder gar vier) badischen Hochschulen blieben ungenüßt. Nur eine zahlenmäßig spärliche personelle Verbindung von ihnen zu den am gleichen Ort in zum größten Teil glänzenden Gebäuden untergebrachten „Lehrerbildungsanstalten“ markiert den Pfad zum „wissenschaftlichen Pulsschlag der Zeit“. Schon regt sich auch in den Reihen der Studierenden in der Erkenntnis der völligen Unzulänglichkeit einer knappen viersemestrigen Studienzzeit. Die Menge und der Umfang der aufgebürdeten technischen Stoff- und Fachgebiete bedroht die Studierenden mit Überlastung, die ein besinnliches und vertieftes Haupt-Studium unmöglich machen müßte. Aus fehlerhaften Voraussetzungen läßt sich eben kein harmonisches Gebilde gestalten, auch nicht beim besten Willen aller an der Ausführung Beteiligten.

Die Volksschule — und auch die badische! — bedarf des wissenschaftlich gebildeten Lehrerstandes, und so wird auch die Zeit kommen, wo sich diese in der Sache begründete Forderung bis zum Ziel erfüllt. Was an uns liegt, wird — wie in der Vergangenheit, so in der Zukunft — zur Beschleunigung des Tempos geschehen. Indessen schreitet die badische Lehrerschaft auf ihrem Wege zielbewußt weiter, sich für die Zukunft bereit und fähig zu halten; denn auch sie kennt die Mitverantwortung und Mitverpflichtung zur „or. in ihren Ausgestaltung“ des deutschen Volksschulwesens. (der Fachdiese Verpflichtung in steter Arbeit an sich selbst teil auf die Vertiefung ihres Wissens, Vervollkommnung ihres Könnens, Steigerung ihres Verantwortungsbewußtseins gegenüber ihrer Aufgabe und dem Volksganzen, bis einst die We. Bil. der Volksschule und der an ihr geleisteten Arbeit durch das Volk keinen Unterschied mehr kennt und anerkennt. So wird und muß die Zeit der „Einheitschule“ und des „einheitlichen Lehrerstandes“ heranreifen.

## V.

Nicht erst der Ausbau der Volksschule, sondern die gesamte und seit längerem im Fluß befindliche Frage des Lastenausgleiches zwischen den öffentlichen Gewalten, wird im neuen Jahre auch hinsichtlich der Schullastverteilung zwischen Land und Gemeinden bedeutsame Entscheidungen bringen. Kirchenschule — Gemeindeschule — Staatsschule, das war etwa die formalrechtliche und tatsächliche Entwicklung bezüglich der Patronage

des deutschen Volksschulwesens. Heute teilen sich zwei Paten in die Sorge um den Pflegebefohlenen: Staat und Gemeinden. Um es vorweg zu nehmen: dieses Verhältnis scheint z. Zt. das Gegebene. Der graduelle Anteil der Beteiligten an den Unterhaltsaufwendungen aber schwankt bekanntlich gleich der Vielzahl der deutschen Länder, und eine gradische Darstellung dieser Verhältnisse, gibt ein ebenso buntscheckiges Bild wie die der Vereinigung harrende deutsche Länderkarte.

Vielleicht die komplizierteste Verteilung der Schullasten weiß Preußen auf, das in seiner „Landesschulklasse“ sogar ein eigenes Institut für die Regelung des persönlichen Schulaufwandes besitzt. Sie erhält ihre Mittel aus der Staatskasse, durch Schulverbandsbeiträge und durch sonstige Einnahmen. Und sowohl die anteilige Heranziehung der Lastenträger wie das Verrechnungsverfahren führen immer wieder und führten gerade jetzt zu lebhaften Erörterungen und der nachdrücklichen Forderung der Gemeinden (Schulverbände), den persönlichen Schulaufwand stärker als bisher dem Staat überbürdet zu sehen. Dem gegenüber steht die seit 1921 auch in Baden durchgeführte Verteilungsart: persönliche Schullasten trägt im Rahmen des gesetzlich gebotenen Aufwandes der Staat, die Sachlasten trägt die Gemeinde. Darüber hinaus ist der gemeindlichen Initiative zur Ausgestaltung des örtlichen Schulwesens auch in der Schulstellenzahl weitester Spielraum gelassen. Diese Regelung hat sich als im beiderseitigen Interesse der Beteiligten liegend und um ihrer klaren und durchsichtigen Form willen bewährt und sollte bei einer etwaigen Normfindung in den Ländern zum Vorbild genommen werden. Wenn es dem Staat ernst ist mit dem Willen, über die eigenen Kräfte hinaus den Gemeinden und insbesondere den Städten einen Anreiz zur über den gesetzlichen Rahmen hinausgehenden Bildungspflege zu geben, dann dürfte es kaum einen besseren Weg geben, als den auch von Baden beschrittenen. Und daß die Gemeinde als öffentlich-rechtlicher Selbstverwaltungskörper um ihres eigenen Interesses an einer guten Schule willen an deren Beträuung beteiligt bleiben soll, ist selbstverständlich, ebenso natürlich auch die Tatsache, daß ihre rechtliche Mitwirkungsmöglichkeit nach dem Maße ihrer besonderen Leistung bemessen sein wird. Schulleitung und Schulaufsicht wie auch die zentrale Verwaltung sind länger schon um der schulpolitischen und schultechnischen Einheitsregelung willen in den Händen des Staates, ohne daß die Gemeinden hierdurch zu Schaden gekommen wären. Dabei wird in Zukunft der Gesamtaufwand hinsichtlich der Pro-Kopf-Quote unter den einzelnen Schulgattungen unmöglich zu Ungunsten der Volksschule in dem bisherigen Abstand gehalten werden können. Auch hier liegt eine Frage des „Ausbaues der Volksschule“ — und zwar ganz im Finanziellen — verankert. Schon die Überlegung, daß der größte Teil der Landvolkschulen in kleinsten Systemen geführt werden muß, weil die Ungunst der geographischen Verhältnisse und die geringe Besiedelungsdichte es bedingt, während Fach- und höhere Schulen doch zum Großteil zentraler liegen, erzwingt bei den heutigen geringen Pro-Kopf-Aufwendungen unglückseligen Notbehelfe der Kombination, die bei den höheren Schulen z. B. als unmöglich ausgeschaltet sind. Auch hier bedarf insbesondere die badische Schule einer ernstlichen Nachprüfung bezüglich der Verfassungsforderung einer „organischen Ausgestaltung“.

Im übrigen wird an all diesen Tatsachen bei der Erörterung der Schulfragen vom wirtschafts- und steuerpolitischen Standpunkt aus gern achtlos vorbeigegangen; ja, nicht einmal die Verschiedenheit der Lastenverteilungsverhältnisse wird bei Vergleichen genügend berücksichtigt. So nur konnte

es kommen, daß in öffentlichen Feststellungen auch des letzten Jahres z. B. der staatliche Aufwand für die badische Volksschule als außerordentlich hoch charakterisiert und damit ein völlig falsches Bild erzeugt werden konnte, während dieser Zuwachs sich durch die Übernahme des gesamten gesetzlich gebotenen Schulaufwandes erklärt. Es war übrigens schon immer eine falsche Devise, den Schulaufwand nicht als „werbend“ gelten zu lassen. Gewiß, in Form von Dividenden läßt sich der Ertrag dieser „Anlage“ nicht einstreichen. Aber weitsichtige Unternehmer möchten schon lange nicht mehr auf diese eben doch im eminentesten Sinne „werbende Anlage“, genannt „Volksschule“ verzichten, ganz abgesehen, daß es nun eben auch ein Eigenrecht jeder Persönlichkeit ist, unabhängig von Besitz und Herkunft wenigstens seine natürlichen Anlagen und Kräfte in der Kulturgemeinschaft entfalten zu sehen. Die deutsche Finanzpolitik wird in Staat, Gemeinde und Wirtschaft den Fragen der Bildung der Massen in Stadt und Land und damit der „Volksschule“ mit seinem Verständnis nachgehen müssen, wenn sie nicht ihr eigenes Fundament gefährdet sehen will.

\*

Hätte man in diesem Augenblick, — „zwischen den Jahren“, wie der Volksmund so bezeichnend sagt — eine Frage an das Schicksal frei! Viele Fragen müßte das deutsche Volk in all seiner Not und Schwere stellen dürfen, um sein Schicksal zu ergründen! Ob es aber gut daran wäre? Ob es die Weisheit des Handelns daraus lernte? Dann würde es seine kulturpolitischen Führer zwingen, die Einheit der Nation von unten her, aus dem jugendlich-bildsamen Stoff des Kinderlandes zu gestalten. Dann würde es im neuen Jahr den Hader und Streit über bekenntnismäßige und politische Spaltung des deutschen Schulwesens um der gesamten nationalen Jugend willen begraben, dann würde es dem Werden und Wachsen der jungen Menschenmilionen die deutsche und auch die „Volksschule“ bauen, über deren Eingangspforten der naturhaft-schlichte Satz steht:

„Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten.“

### Die Studienstiftung des deutschen Volkes.

Den meisten Berufskollegen unbekannt, besteht seit vier Jahren eine Einrichtung an unseren Hochschulen: die Studienstiftung des deutschen Volkes. So nebensächlich aufserste die Beschäftigung mit ihr in dieser Zeitschrift erscheinen mag, so möge eine Darstellung ihres Wesens aufzuweisen suchen, wie innerlich nahe die in der Studienstiftung zu leistende Arbeit der unseren steht, wenn man sie auf pädagogisch-psychologisch vergleichbare Maßstäbe bringt.

Die schlimmsten Jahre der Inflation stellten das deutsche Hochschulwesen vor grundlegende Entscheidungen. Was schon durch die studentische Kriegsteilnehmergeneration an sozialfürsorgetischen und wirtschaftlichen Maßnahmen geschaffen worden war, wurde in den Jahren 1922—1924 weiter ausgebaut. In jenen Jahren war es soweit gekommen, daß der deutsche Student, um nur einigermaßen weiterstudieren zu können, an den Hochschulorten seinen Bedarf an Lebensmitteln, Kleidern und jeglichen Dingen bis zur Schreibfeder an den von ihm geschaffenen „Wirtschaftskörpern“ deckte. Es wurde da unendlich viele aufopfernde Arbeit geleistet, bis man schließlich einsehen mußte, daß diese Einrichtungen allein nicht genügten, um die Weiterführung des Studiums zu er-

möglichen. Tausende von Studenten arbeiteten damals als Werkstudenten in den Fabriken, in Bergwerken, an Hochöfen, an Talsperren, im Konfor, als Zeitungsverkäufer, ja als Kaffeehausgeiger. Zusammen mit Darlehen, die die Wirtschaftskörper an befähigte Studierende ausgaben, gelang es, oft unter Schädigung der Gesundheit, das Studium zu einem oft allerdings späten Ende zu bringen.

Dieses Werkstudententum, ein Leben oft voll Entsjagung und stillem Heldentum, war eine in dieser Wucht einmalige soziale Erscheinung, die einem großen Teil der Nachkriegsgeneration bestimmendes Gepräge gab. Es steht heute fest, daß damals bis zu 50 % der Studierenden auf Nebenerwerb, mitunter auch hauptberuflichen Erwerb ausgingen.

Im Rahmen unserer Zielsetzung soll der Begriff des Werkstudenten<sup>1</sup> nur soweit verfolgt werden, als er für die Gründung der Studienstiftung von Wichtigkeit wurde. Die studentische Selbsthilfe hatte sich der Werkarbeit bedient, um gegen die ansteigende Not zu kämpfen. Wundervoll mitunter waren aus ihr Kräfte freigesetzt worden, die für ihren Besitzer unverlierbar blieben. Aber es war klar, daß die Selbsthilfe mit der sich ändernden Wirtschaftslage nach Beendigung der Inflation auch ihre Formen ändern mußte. Wie richtig sie aber in ihren Grundgedanken aufgebaut war, zeigte sich daran, daß die Studienstiftung letztlich aus ihr erwachsen ist.

Die St. geht von dem Gedanken aus, daß das Universitätsstudium in übergroßem Maße von plutokratischen Gesichtspunkten bestimmt wird. Wollte man nicht auf viele der besten Köpfe verzichten, so mußten Mittel geschaffen werden, um schon dem Abiturienten, dem die wirtschaftliche Grundlage fehlt, der aber nach dem Gutachten seiner Lehrer voraussichtlich die an ihn gestellten Erwartungen an wissenschaftlicher Leistung und der menschlichen Qualität erfüllt, zur Hochschule zu bringen.

Es ist klar, daß hierbei an eine der schwierigsten Fragen gerührt wird, die dem Pädagogen begegnen. Irrtümer der Auslese unterlaufen natürlich. Aber die bisherigen Erfahrungen zeigen doch, daß man sich auf einem gangbaren Wege befindet. Zudem werden die Bewerber zur Studienstiftung im Verein mit Vertretern der Wirtschaftskörper an den Hochschulen ausgesucht, und ihre endgültige Aufnahme erfolgt erst nach zwei Semestern.

Die deutschen Hochschulen leiden an Überfüllung, wesentlich aber an einer Überfüllung mit Mittelbegabten. Durch das Hinzukommen von gegenwärtig 1200 Angehörigen der Studienstiftung würde sich das Gesamtzahlenbild der deutschen Studenten (100 000) nicht wesentlich ändern, wohl aber könnte man sagen, daß ein großer Teil der von der Studienstiftung erfaßten Menschen auch ohne diese das Studium durch Erwerbsarbeit, oft unter großen gesundheitlichen Schädigungen, erzwingen würde.

Die Studienstiftung ist vollkommen unpolitisch, ihre Mittel bezieht sie zum Teil vom Reiche, aus Stiftungen von Wirtschaftsverbänden und Privatpersonen. In ihren Ausleseprinzipien ist sie an ihre Geldgeber durch keinen Rechenschaftszwang gebunden. Kein Bewerber wird nach seiner Konfession gefragt! Es ist nun überaus interessant festzustellen, aus welchen sozialen Schichten die Mitglieder der Studienstiftung entstammen. Die folgende Statistik ist bis März 1927 aufgestellt:

<sup>1</sup> Es sei hier auf zwei Schriften verwiesen, die verdienen, in weiten Kreisen auch außerhalb der Universität gekannt zu werden: 1. „Erlebnisse und Erfahrungen Heidelberger Werkstudenten“ (eine Sammlung von Berichten) von Dr. J. H. Mitgau, 239 S. und 12 Bilder, 3 Mk. Vom selben Verfasser: 2. „Der Student“. Eine Einführung ins Studium und Studentenleben an der deutschen Universität der Gegenwart. 246 S., 3,50 Mk. Beide Bücher im Verlag von J. Hörning, Heidelberg.

I. Akademische Berufe (höhere Beamte, Ärzte, Offiziere und freie Berufe): 119 = 19,10 % (davon vaterlos 59); II. Großgewerbe, Gutsbesitzer, leitende Angestellte: 52 = 8,35 % (vaterlos 23); III. mittlere Beamte und Angestellte, Rentner: 241 = 38,68 % (vaterlos 66); IV. untere Beamte, Angestellte, Kleingewerbe: 117 = 18,70 % (vaterlos 29); V. Kleinbauern: 14 = 2,25 % (vaterlos 3); VI. Arbeiter: 74 = 11,88 % (vaterlos 8); VII. Keine Angaben: 6 = 0,96 %; Gesamtzahl = 623 Mitglieder = 100 %.

Damit umfaßt die Studienstiftung etwa sechsmal soviel Arbeiterkinder, als diese im Gesamtdurchschnitt an Hochschulen ausmachen.

Die Vorkriegsstipendien an Hochschulen, die häufig nach den verschiedensten Gesichtspunkten verteilt wurden, oft von den „Routiniers“ in Empfang genommen wurden, sind fast ganz wertlos geworden, und ihr Wiederersehen in der alten Form ist nicht einmal mehr wünschenswert. Hier setzt die Arbeit der Studienstiftung ein. Ihre Mitglieder erhalten während der Semester, und in höherem Studienalter auch während der Ferien, Geldzuschüsse, die als später rückzahlbare Darlehen zu betrachten sind (sodas hier ein etwa aufkommendes Minderwertigkeitsgefühl nach Möglichkeit verhindert wird). Dazu kommen Freitische, Honorarnachlaß und Erholungsaufenthalte im Rahmen der allgemeinen Fürsorgeeinrichtungen.

Erwartet man von den Studierenden in den Anfangssemestern, daß sie in den (im Jahre über 5 Monate dauernden) Universitätsferien aus eigener Kraft Teile ihres Unterhaltes durch Nebenerwerb selbst zu erlangen suchen, so soll der vor dem Examen stehende Kandidat unbedingt von den wirtschaftlichen Sorgen befreit sein, um ganz seiner wissenschaftlichen Arbeit sich widmen zu können. Denn dies ist doch der tiefe Sinn, der als, wenn auch fast verschwundenes Ideal der „universitas literarum“ zu Grunde liegt: Die Fähigkeit und Möglichkeit zur Kontemplation, zum beschaulichen, aber ernstesten Studium, zum Studium des Überblicks über das große Gebiet der Wissenschaft.

Nicht weltfremdes, blutleeres Theoretisieren, sondern aus der Tiefe einer im Geiste unruhewollen Haltung der Drang zum Leben, zur Mitarbeit an Problemen des Volksganges. Wer aber wahrhaft schaffen will, muß erst in Freiheit gesetzt sein, in die Freiheit des Forschens nach Wahrheit, und diese Freiheit fehlt bei all den Menschen, die nur das Examen als drohendes Gespenst am Beginn des Brot-erwerbs vor sich sehen.

Man ist sich heute der Gefahren des Fach- und Brotstudiums an den Universitäten voll bewußt, ohne Wege zur Abhilfe erfolgreich beschränkt zu haben. Die Studienstiftung sucht auf ihre Weise ihre Angehörigen nach Möglichkeit von jenen Gefahren fernzuhalten.

Reizt diese Art des Studienplanes und der wirtschaftlich-sozialen Aufteilung der Studienzeit nicht zu Vergleichen mit der Vorbildung unseres Berufsstandes an den Seminarien? Wo blieb dort Zeit zur Versenkung in wissenschaftliche Probleme? Wo blieb Selbständigkeit des Schaffens, gar, wo blieb nur der Versuch, die Fähigkeit wissenschaftlichen Denkens so zu entwickeln, daß der junge Lehrer in Zweifelsfällen selbständig zu entscheiden vermochte, daß er nicht häufig der „Hybris“ erlag? Ich denke nicht gering von der Arbeitskraft und Arbeitsleistung des Lehrers und von seiner Fähigkeit, Probleme zu meistern. Er hat sich diese aber erkämpft oft unter unfäglichen Opfern und mit großem Zeitaufwand und ohne sich dabei seiner Vorbildung in Dankbarkeit erinnern zu können.

In diesem Zusammenhange erscheint die Studienstiftung des Deutschen Volkes auch dem Volksschullehrer der Beachtung wert. Hier wird gezeigt, wie junge Menschen ihren

Studiengang auf vorbildliche Weise durchlaufen können, wie gerade die wirtschaftliche Notlage des Einzelnen diesem ein *Vollstudium* im wahrsten Sinne des Wortes ermöglicht. Diese Angehörigen der Studienstiftung sind vor Jahren durch die Volksschule gegangen, sie sollen später zeigen, ob sie die an sie gestellten Erwartungen rechtfertigen. Wenn unsere neuen Lehrerbildungsanstalten einen Teil des Geistes haben, aus dem heraus die Studienstiftung ihre Arbeit versteht, dann können wir uns unseres Nachwuchses freuen.

Eine letzte Überlegung führt schließlich noch zu der Frage, ob nicht einmal die Studienstiftung auch dem Lehrstudenten helfend zur Seite stehen könne. Ich wage diese Frage jetzt nicht zu beantworten, sie ist in solchem Zusammenhang wohl auch noch nicht gestellt worden. Aber es läßt sich denken, daß das Land, das seine Lehrer als Vollstudenten an den Hochschulen heranbilden läßt, auch die Hilfe der Studienstiftung für sich zu gewinnen vermöchte. Daß dabei eine Änderung der bestehenden Stipendien an Lehrerbildungsanstalten nötig wäre, soll nur angedeutet werden. Aber auch heute schon besteht die Möglichkeit, Lehrerkinder in die Studienstiftung hineinzubringen, denn eine für die Aufnahme notwendige Vorbedingung kann auch der Kinderreichtum einer Familie sein.

Die Studienstiftung verdient in vollem Maße das Wohlwollen und die Förderung durch den Volksschullehrerstand. Sie ist einer der heute so seltenen Belege für die Möglichkeit, Interessen politischer, wirtschaftlicher und dogmatisch-konfessioneller Art fernzuhalten von Bezirken der Menschenformung, die von solcher Einflusnahme durch das Mittel des wirtschaftlichen Druckes unberührt bleiben sollten.

Dr. W. Kamm.

### Notstandsbeihilfen von Beamten.

Von Ministerial-Oberrechnungsrat Karle in Karlsruhe.

Nach Artikel 29 des Etatgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 12. August 1908 (GBl. S. 416) können in besonders begründeten Fällen von Hilfsbedürftigkeit den im Dienst befindlichen Beamten in einmaligen Beträgen Beihilfen bewilligt werden. Eine besondere Hilfsbedürftigkeit liegt vor, wenn dem Beamten durch Krankheit, Todes- oder andere Unglücksfälle außerordentliche Kosten entstanden sind, zu deren Bestreitung sein gesamtes Einkommen nicht ausreicht, sodaß er dadurch ohne sein Verschulden in eine wirtschaftliche Notlage geraten ist. Das Bad. Staatsministerium hat nun in Vollzug des Artikels 29 des Etatgesetzes unterm 7. Mai 1928 besondere Beihilfevorschriften aufgestellt, deren wesentlicher Inhalt folgender ist:

Für die Gewährung einmaliger Beihilfen aus der Staatskasse kommen in Frage:

Die aktiven plan- und außerplanmäßigen Landesbeamten einschließlich der Beamten im Vorbereitungs- und Ausbildungsdienst a) im Falle der eigenen Erkrankung; b) im Falle des Todes, wenn Familienmitglieder vorhanden sind; c) für verheiratete und verheiratet gewesene Beamte in Fällen der Erkrankung, der Geburt oder des Todes in ihrer Familie.

Beamte im Vorbereitungs- und Ausbildungsdienst kommen im allgemeinen nur in Betracht, wenn sie aus der Staatskasse eine laufende Vergütung (Unterhaltszuschuß usw.) beziehen.

Voraussetzung für die Bewilligung einer Beihilfe ist, daß sich der Beamte in einer außerordentlichen wirtschaftlichen Notlage befindet, die nur durch die Bewilligung einer Beihilfe behoben werden kann.

Gehören ein Beamter oder seine Familienmitglieder einer Krankenkasse an, so darf eine Beihilfe nur für die Kosten gewährt werden, welche die Krankenkasse nicht erstattet. Die Leistungen der Krankenkasse werden auf die beihilfefähigen Kosten angerechnet. Wenn Beamte einer Krankenkasse nicht angehören, obwohl sie zum Beitritt einer solchen berechtigt sind, werden ihre Beihilfegesuche so behandelt, als ob die Geschwister einer Krankenkasse angehörten.

Soweit Beamten und deren Familienmitgliedern freie ärztliche Behandlung oder besondere Heilfürsorge (z. B. auf Grund versorgungsgesetzlicher Ansprüche) zuteil wird, müssen die betreffenden Kosten bei der Bewilligung einer Beihilfe außer Ansatz bleiben.

Erträge aus Lebensversicherungen, Sterbekassen usw. sind auf die beihilfefähigen Kosten der letzten Krankheit und die Bestattungskosten nur insoweit anzurechnen, als diese Erträge den Betrag von rund 2000 Mk. übersteigen.

Eine Beihilfe kann nur zu solchen tatsächlich bewirkten Aufwendungen bewilligt werden, die unvermeidbar und in sparsamsten Grenzen gehalten sind.

In Krankheitsfällen werden beispielsweise berücksichtigt die durch den Arzt, durch ärztlich verordnete Heilmittel, Arzneien und Hilfsmittel gegen Verunstaltung und Verkrüppelung, durch eine erforderliche Krankenhausbehandlung oder durch Annahme einer Berufspflegekraft entstandenen Kosten sowie die durch ärztlich besonders verordnete Stärkungsmittel verursachten Verpflegungsmehrkosten. Bei Krankenhausbehandlung werden als beihilfefähiger Aufwand in der Regel die Kosten der niedersten Verpflegungsklasse angerechnet. Aufwendungen für Gegenstände des gewöhnlichen Bedarfs scheiden aus; es werden insbesondere nicht berücksichtigt die Mehrkosten für die übliche bessere Verpflegung, Reiseauslagen, die an Verwandte erstattet wurden, Mehraufwendungen für Verpflegung der Verwandten oder Pfleger, Geschenke für sie, Reiseauslagen zum Besuch von Familienmitgliedern, Mehraufwand an Licht und Heizung.

In Geburtsfällen die Kosten für die Hebamme, für Heilmittel, Arzneien und, soweit im Einzelfalle erforderlich, für den Arzt, die Hauspflegerin für die ersten 10 Tage, und die Entbindungsanstalt, außerdem die Kosten für ärztlich einzeln verordnete Stärkungsmittel; dagegen kommen nicht in Betracht: Anschaffungskosten für Erstlingswäsche u. dgl., Kinderwagen, Wagendecken, Kinderbetten, Matratzen, Badewannen, Schwämme, Öfen für Kinderzimmer, Anzeigen und Karten, Porto.

In Todesfällen die Begräbnis- oder Feuerbestattungskosten nach der niedersten Tarifklasse einschließlich der ortsüblichen Gebühren für die Überführung der Leiche nach dem Friedhof, die Grabstelle und die ortsüblich einfache Instandsetzung des Grabes; dagegen kommen nicht in Betracht: Kosten für die Überführung der Leiche von oder nach auswärts, Beschaffung von Trauerkleidung, Kosten für den Ankauf eines besonderen Begräbnisplatzes, eines Grabsteins, für die Beschaffung einer besonderen Grabeinfassung (aus Stein, Metall und dergleichen), Auslagen für Todesanzeigen, Danksagungen, Karten, Ausschmückung der Leichenhalle, Orgelspiel, Porto, Telegramme, Umzugskosten.

Für laufende Zahnunterhaltung werden grundsätzlich Beihilfen nicht gewährt. Zu den Kosten für Zahnersatz (künstliche Gebisse, Kronen, Stiftzähne, Brücken) wird für jeden Zahn eine Beihilfe von höchstens 7 Mk. bewilligt. In diesem Betrag, auf den die Leistungen der Krankenkasse angerechnet werden, sind alle mit dem Zahnersatz zusammenhängenden Behandlungskosten eingeschlossen. Mehrkosten infolge von Verwendung von Edelmetallen werden grundsätzlich nicht erstattet; diese Kosten sind abzusehen.

Beihilfeanträge sind spätestens zwei Monate nach Beendigung der Krankheit oder dem Todesfall beim zuständigen Ministerium einzureichen. Den Anträgen sind für jede Aufwendung die zugehörigen Belege (Arztrechnungen, Rezepte usw.) in Urschrift beizulegen.

Als Beihilfe dürfen bis zu 60 % des nicht von einer Krankenkasse ersetzten Teils der beihilfefähigen Kosten gewährt werden. Bei zahlreicher Familie oder bei hohen Ausgaben neben verhältnismäßig geringem Einkommen oder bei besonders schweren wirtschaftlichen Verhältnissen dürfen bis zu 80 v. H. dieser Kosten gewährt werden.

Tuberkulös Erkrankten kann für einen Zeitraum bis zu vier Monaten eine Beihilfe für eine Heilstättenkur bewilligt werden, wenn nach dem Zeugnis eines beamteten Arztes (Bezirksarztes) bei Anlegung eines strengen Maßstabes ein besonders dringendes Erfordernis der Heilstättenkur anzuerkennen ist und eine Besserung oder Heilung auf andere Weise nicht herbeigeführt werden kann.

In Betracht kommen nur Kuren zur Heilung einer bereits vorhandenen Tuberkulose, nicht aber Kuren zur Vorbeugung gegen eine etwa drohende Erkrankung.

Für Badekuren und für die Aufnahme in Heilstätten (Sanatorien) kann eine Beihilfe den Beamten für ihre Person ausnahmsweise gewährt werden; sie darf nur dann bewilligt werden, wenn nach dem Zeugnis eines beamteten Arztes bei Anlegung eines strengen Maßstabes eine Kur unter ärztlicher Leitung notwendig ist und feststeht, daß nur durch diese Kur und nicht durch eine andere Behandlungsweise die Wiederherstellung der Dienstfähigkeit zu erwarten ist. Die Kur muß in einem von dem beamteten Arzt vorgeschlagenen Orte und unter ständiger ärztlicher Aufsicht durchgeführt werden, worüber eine ärztliche Bescheinigung beizubringen ist.

Erholungsaufenthalt gilt nicht als Kur im Sinne der Beihilfevorschriften.

Die Beihilfen für die Heilstätten- und Badekuren dürfen höchstens 150 Mk., in Sonderfällen bis zu 200 Mk. für einen Monat betragen. In diesen Beträgen sind sämtliche Kosten für den Aufenthalt, für Arzt, Bäder, Heilmittel usw. inbegriffen.

Von den als Notstandsbeihilfen bewilligten Beträgen werden keine Steuerabzüge gemacht, da diese Beihilfen steuerrechtlich als Unterstufungen anzusehen sind.

## VII. Reichsschulmusikwoche in München-Augsburg.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin veranstaltete in der Zeit vom 15.—20. Oktober in Verbindung mit der Bayerischen Staatsregierung und der Stadt München die VII. Reichsschulmusikwoche in München. Das Auditorium maximum der Universität, in dem an den Vormittagen die Vorträge stattfanden, konnte die erschienenen 900 Teilnehmer aus nah und fern gerade noch fassen. Die Nachmittage waren für praktische Vorführungen auszersehen. Die Abende gaben Gelegenheit, Einblicke in das Münchener Musik- und Konzertleben zu tun. Eine Auf-führung von Hans Pfitzners „Palästrina“ in der Staatsoper unter der Leitung des Komponisten gab der Reihe der besonderen Veranstaltungen den Abschluß.

Im Gegensatz zu Dresden im vorigen Jahr bot das Programm und seine reibungslose Abwicklung mehr Einheit und Linie. Die Vorträge standen, von Ausnahmen abgesehen, auf der Höhe, die man auf einer Reichsschulmusikwoche erwarten muß. Geheimer Oberstudienrat Universitätsprofessor Dr. Kerschensteiner eröffnete die Vortragsreihe mit Auf-führungen über „Das musikalische Kulturgut im Bildungs-

prozeß“. Über das Thema „Kunst und Methodik“ sprach Universitätsprofessor Dr. Alois Fischer. Regierungsrat Dr. Richard Wicke, Weimar, ergänzte sein vorjähriges Referat „Arbeit und Erlebnis im Musikunterricht“ durch einen fesselnden Vortrag „Das Werden der musikalischen Ausdrucks- und Erlebnisfähigkeit“. Professor Fischer kommt zu dem Ergebnis, daß Kunst lehrbar sei, und fordert demzufolge eine Kunst-erziehung. Wicke sieht das nächste Ziel der musikalischen Bildungsarbeit in der Voraussetzung der Erlebnisbereitschaft durch Schulung der musikalischen Fähigkeiten, Kerschensteiner unterstreicht die Forderung eines individuellen Musikunterrichts. Alle drei stellen das musikalische Kulturgut in den Mittelpunkt, wenden sich gegen die Eingruppierung des Musikunterrichts in die Reihe der technischen Fächer und gegen die alleinseligmachenden Rezeptverfahren und Lehrmethoden. Prof. Dr. Hans Joachim Moser von der Staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik beleuchtete in seinem Vortrag „Die musikalische Jugendbewegung“ den Sinn, die Entwicklung und die Bedeutung der Jugendbewegung und stellt Irrläufe richtig.

Neben diesen Vorträgen, die allgemeine Probleme der Pädagogik und Musikerziehung berührten, standen Ausführungen schulmusikgeschichtlichen und methodischen Inhaltes. Studienrat Walter Kühn, Königsberg, sprach über „Probleme der Musikerziehung in geschichtlicher Beleuchtung“. Universitätsprofessor Dr. Georg Schünemann gab interessante Aufklärungen über „Ursprung und Bedeutung der Solmisation“. Im Auftrage des Osterreichischen Bundesministeriums für Unterricht referierte Minist.-Rat Dr. K. Kobald, Wien, über „Neue Strömungen auf dem Gebiete der Schulmusik in Osterreich“ und Prof. J. Wenzl, über „Osterreichs Schulmusik als Faktor seelischen und staatlichen Wiederaufbaues“.

Enttäuscht haben die offiziellen Vertreter der bayerischen Schulmusik. Ein Vortrag von Professor Markus Koch, dem Musikreferenten im Bayer. Ministerium, konnte seines rein statistischen Inhaltes wegen nicht interessieren; Oberstudienrat Professor Simon Breu, Würzburg, erging sich in längst ausgefahrenen Bahnen über das Tonwort von Eiß — „Methodik des Schulgesanges“ hatte er seinen Vortrag überschrieben. Auch die Ausführungen des Minist.-Rates O. Vogelhuber, München, über „Musik in der Lehrerbildung“ hatten schon durch Wicke in seiner 1926 erschienene Broschüre „Die Musik in der künftigen Lehrerbildung“ erschöpfende Klarlegung in diesem Sinne gefunden. Interessant für den Stimmbildner war der Vortrag von Professor Dr. Radoleczyn, München, über „Phonetik des Kunstgesanges“.

Auch schaffende Künstler kamen zu Wort. Prof. Jos. Haas von der staatl. Akademie der Tonkunst in München, betrachtete den Volksschullehrer als den Verwalter des musikalischen Kulturgutes in den Landgemeinden und fordert eine umfassende Musikausbildung der angehenden Volksschullehrer. Sein Vortrag „Schule und Kirchenmusik“ zeugte von großem Verständnis für die Aufgaben der Schulmusiker. Leider kann dasselbe von Professor Hans Pfitzner nicht berichtet werden. Seine Ausführungen über „Unsere Zeit im Spiegel der Interpretation von Kunstwerken“ riefen in der Versammlung Widerspruch hervor. Sie verrieten eine in Staunen versetzende Unkenntnis der Aufgaben der musikalischen Jugenderziehung und dessen, was hierin überhaupt in den letzten Jahren geleistet wurde.

Neben dieser Fülle von Vorträgen gaben die Nachmittage Gelegenheit, die Schulmusik- und Gesangs-pflege Münchens im Auszug kennen zu lernen. Vorführungen der Schülerorchester und praktische Beispiele mit Schulklassen höherer Lehranstalten, ein Jugendsingen dieser mit ausgedehnter Vortragsfolge und ein solches der Stadt. Singschule



zeigten das sonst gewohnte Bild: Neben guten und mittelmäßigen Leistungen standen recht schwache. Was an praktischen Unterrichtsbeispielen unter dem Motto „Tonwortmethode, erweiterte Kadenz, Liedlektion“ vorgeführt wurde, war nicht geeignet, den Glauben an die zuvor gepriesene Wunderkraft des Eißchen Tonwortes zu stärken. Das war Schema, Rezept schlimmster Sorte, hatte mit Musik wenig mehr zu tun und gab das Siegel auf die Ausführungen der Tonwortverwalter in Bayern. Wie eine Entschuldigung und Anklage muteten die Erklärungen von Waltershausens am Schluß der Tagung an, als er alle Schuld auf sich nahm.

Das Ereignis der VII. Reichsschulmusikwoche und ihrer sechs Vorgängerinnen lag außerhalb Münchens, in der Provinz. Ein Sonderzug brachte die Teilnehmer in der Frühe des 17. Oktober nach Augsburg, der alten Fuggerstadt mit ihren alten Kirchen, Türmen und Patrizierhäusern. Wohlthuend der Empfang, straff die Organisation, rührend die Gastfreundschaft der Stadtverwaltung. Sie tat es ihrem Greiner zuliebe, tat es ihrer Singschule zu Ehren. Seit 23 Jahren arbeitet Albert Greiner an dem inneren und äußeren Ausbau seiner Singschule, gewohnt vom frühen Morgen bis zum späten Abend dieser Sache zu dienen, unbekümmert um die Meinungen anderer, immer gerade aus mit dem steifen Rückgrat des Könners, der Liebe des gottbegnadeten Schulmeisters im Herzen und dem Glauben an die heilige große Sache der Jugenderziehung. Und wer es noch nicht wußte, was die Augsburger Singschule für den deutschen Jugend- und Chorgesang bedeutet, dem wurde es an diesem 17. Oktober klar.

Der Vormittag brachte zwei Vorträge Greiners. Aus seinem ersten Vortrag „Über Jugendstimmbildung“ seien nachstehende Hauptforderungen angeführt: Ein guter Jugendgesangsunterricht muß gleichermaßen für Begabte und Unbegabte gefordert werden. Er ist die Grundlage alles Musizierens. Der wichtigste Zweig des Jugendgesangsunterrichtes ist Jugendstimmbildung. Ein guter Jugendstimmbildungsunterricht schafft nicht nur musikalische, sondern auch ästhetische, ethische und hygienische Werte. Er muß an die Natur anknüpfen. Sie muß ihm Ziel und Weg sein. Bei Bildung jeder Stimme ist ein Grundfragenkomplex zu lösen: Stimmkunde, Tonführungsfrage, Raumbereitung, Atmung, Tonmischungs- oder Registerfrage, Lautbildung, Liedfrage. Wir müssen weitverbreiteten Irrtümern zu Leib rücken: Einer mangelnden oder grundsätzlichen Vorstellung des kindlichen Tonideals überhaupt, der Überschätzung der kindlichen Stimmkraft, der Unterschätzung des Umfangs der Kinderstimme, der Unklarheit über die wundervollen Qualitätsmöglichkeiten derselben, einer veralteten, allzu ängstlichen Einstellung gegenüber der Mutationszeit, und der allzufrühen Verwendung noch nicht fertiger Jugendstimmen im öffentlichen Chorleben. Unserer Jugend kann nur geholfen werden, wenn wir die Gesetze und ein einwandfreies Tonideal aus dem Kunstgesang herübernehmen. Das kann nur auf persönlichem, direktem Wege geschehen. — Erste Bedingung ist das gute Beispiel der Lehrer. Wir müssen die Kinder zu einem bewußten Schön-singen bringen — dann wird es ein Erleben seiner selbst. Die drei Grundsteine, auf welchen unser Tongebäude ruht, sind: Erarbeitung eines gesundes Tones, die ersten Anfänge eines Ausgleiches der Vokalstimmklänge und der Stimmlagen. Dieses Grundgemäuer ist im allgemeinen für alle schulischen Verhältnisse übernehmbar und auch darin erprobt. Überall muß der Jugendgesang auf die Grundpfeiler der Wahrheit, Schönheit und Gesundheit gebaut sein.

In einem anschließenden zweiten Vortrag behandelte Greiner „Die ersten Tonstudien und die Grundlagen eines Ausgleiches der Vokalstimmklänge und Stimmlagen“. Die Offenbarer unserer Stimme sind die Vokale. Sie fragen

Rede und Lied und sind für die Schönheit und Gesundheit unseres Redens und Singens zunächst verantwortlich. Sie sind deshalb der Ausgangspunkt aller Lehrarbeit und bei stimmlichen Heilverfahren. Gewissenhafte Behandlung und Pflege der Konsonanten ist eine gleiche Hauptbedingung. Der Vortragende zeigt in Wort und Beispiel (Kinderstimmen), wie er die ersten Vokalstimmklänge u, o, a im Märchenstil und Plauderton mit kleinsten erarbeitet und auf dem Wege über den Ton die automatische Arbeit der äußeren und inneren Sprechorgane und Singorgane erzielt. Er gibt nach Möglichkeit der kurzen zur Verfügung stehenden Zeitspanne einen skizzenhaften Ausblick auf seine Weiterarbeit in Stimm- und Phonetik. Tonbildung, Stimm- und Gehörbildung lassen sich nicht voneinander trennen. Wir kommen um die gefürchtete, viel und zu Unrecht verrufene „Technik“ des Schön- und Wahrsingens nicht herum. Auf dem Gebiete des Notensingens wird nach c-e-g — do-mi-so und Bi-Gu-la eifrig und zielbewußt gelehrt, in der Sammlung wertvollen Liedgutes aus allen Jahrhunderten sind allorts fähige Köpfe an verdienstvoller Arbeit. Aber die menschliche Stimme als Trägerin unseres Redens und Singens und als Seele des Liedes hat noch zu wenig tüchtige Anwälte. Man reformiert vielerorts nur einseitig musikalisch. Über Wert und Gang von Jugendstimmbildung ist man sich noch nicht überall klar. Deshalb gehen Abertausende schöner Stimmen unerkannt und ungenossen vorzeitig zugrunde. Was uns not tut? Ein treuer Zusammenschluß zu einheitlicher, allumfassender friedlicher Arbeit auf dem Boden der Erkenntnis, daß ein schöner, volkstümlicher Gesang und die Freude daran in erster Linie eine Frage der Jugendstimm- bildung ist. Gebt unserer Jugend tüchtige Stimmbildner!

Die Ausführungen wurden durch praktisches Arbeiten mit Kindern verschiedener Altersstufen ergänzt und tonlich illustriert.

Der Nachmittag zeigte wiederum praktische Beispiele aus dem stimmtechnischen Unterricht aufsteigender Bildungsstufen.

Der Abend brachte die reifen Früchte dieser zielbewußten Kleinarbeit — ein Klingen und Singen aus 1500 Kehlen jeden Alters und Geschlechts. Vom einstimmigen Kinderlied bis zum Te deum von Händel erlebte man eine unge- trübte Freude und ein unbeschwertes Genießen in diesem Meere von Schönheit und Wohllaut. Die Begeisterung war groß und wurde zum Jubel, als Prof. Leo Kestenberg der Stadt Augsburg, ihrer Singschule und ihrem Direktor aus tiefstem Herzen Dank sagte für diese Stunden.

So bot die VII. Reichsschulmusikwoche Neues und Altes, Maßstäbe zur Beurteilung seiner eigenen Arbeit, Anregung zur Weiterarbeit. Den Veranstaltern sei hierfür Dank gesagt.  
O. Eßkorn.

### Berliner Tagung der Volksbildungsverbände und der Vereinigten Prüfungsausschüsse für Jugendchriften in Berlin.

Alljährlich ruft der Berliner Ausschuß zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur und des Unwesens im Kino die amtlichen Stellen und die Verbände, welche sich die Hebung der Volksbildung zum Ziele gesetzt haben, zu einer gemeinsamen Tagung in Berlin zusammen. Die gleiche Einladung erging dieses Jahr auch von den Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüssen zu einer Beratung über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundchriften.

Der erste Tag (13. Oktober) stellte die Untersuchung über „Bildkitsch und Bildkultur“ in den Mittelpunkt der Beratungen. Drei Vorträge über: Das gegenwärtige

Elend der Bildkultur in der Masse (Dr. Ernst Cohn-Wiener), bisherige Versuche zur Gesundung des Geschmacks in Volks- und Jugendbildung (Hein Zimmermann), Richtlinien für die Aufbauarbeit in Schule und Leben (Pfarrer Dr. Gierkon, Soest) gaben die sachlichen Ausgangspunkte für die Aussprache, die naturgemäß die große einheitliche Linie, welche den einzelnen Vorträgen innewohnte, nicht einhalten konnte, sondern sich mit Einzelheiten kritischer Art oder der praktischen Veranschaulichung begnügte. Die Vorträge werden im Druck erscheinen. Es seien daher hier nur die leitenden Gesichtspunkte skizziert.

Dr. Cohn-Wiener setzte den Tiefstand der gegenwärtigen Geschmacksbildung als bekannt voraus und schöpfte seine einzelnen Belege aus dem umflutenden Leben oder aus den Entgleisungen der Dürerfeier, die nach ihm eine Kitschproduktion in höchster Blüte gezeitigt hat. Seine Behauptung, daß die Masse weniger in den Kitsch verliebt sei als äußerlich in Erscheinung trete, sondern daß die Kitschfabrikanten in schlimmster Art die Sehnsucht nach dem Schönen mißleiteten, stieß auf Widerspruch, weil die Hersteller des Schundes ein von ihren Geldbeuteler Interessen geschärftes Gefühl für die Bedürfnisse der Massen hätten. Der Kampf Dr. Cohn-Wieners gilt vor allem dem sentimentalen Kitsch, der in auffallendem Gegensatz zu unserer harten Zeit stünde und eine „kompakte Lüge“ darstelle, die überall eindringe. An Stelle des früheren Moralkitsches sei der gefährliche erotische Kitsch getreten, der in Massen an den Kiosken verkauft werde. Er leite den erotischen Trieb der jungen Menschen irre und verleite sie zu verderblichen Irrwegen. Die Photographie sei nicht ehrlicher als die Zeichnung, weil sie auch durch falsches Licht geglättet werde. Der erotische Kitsch bedeute eine seelische Falschmünzerei aus geschäftlichen Gründen. Der Sensationskitsch sei im Gefolge einer übertriebenen Zeitungsreportage entstanden und wegen seiner Massenhaftigkeit zu bekämpfen.

Abhilfe könne kein Gesetz schaffen, sondern nur Erziehung. Die müßte von den Lehrern geleistet werden, weil die ganze Nation erfaßt werden müßte. Den Lehrerbildungsanstalten erwachse eine verantwortungreiche Aufgabe. Ziel sei, das echte Gefühlte von dem falsch Hingestellten unterscheiden zu lernen.

Hein Zimmermann vom Reichsministerium des Innern beschränkte sich auf den engeren Rahmen der Bildkultur. Er gab in einem mit schärfster Logik durchgeführten Gedankengang die Entwicklung der Bildkultur und hernach einen horizontalen Schnitt durch die Gegenwartsverhältnisse. Er zeigte, wie im Mittelalter die Kunst nichts Volksfremdes gewesen sei und eine bewußte Einführung sich erübrigte hätte. Das Erwachen des Kunsternstziedungsgedankens und seine Entwicklung wurde kurz geschildert. Von besonderem Wert war seine Darlegung aller der Bestrebungen, die der Erziehung zur künstlerischen Produktivität, der Erziehung zum eigenen Ausdruck, zum künstlerischen Urteil und zur Erfassung der Technik dienen. Es ist nicht möglich, die zusammengedrängten Angaben in einem Bericht noch einmal zu verdichten, ohne sie bis zur Unkenntlichkeit auszumergeln. Sein Schluß, die Kennzeichnung der neuen Lage durch das Auftreten der Arbeitermassen, berührte sich mit einem Kerngedanken des dritten Vortragenden, des Pfarrers Gierkon aus Soest, der in meisterhafter Rhetorik ein Bild von der zu leistenden Aufbauarbeit entwarf, das die Zuhörer bis zum Schluß im Banne hielt.

Allerdings war mehr als ein Bruch mit den Anschauungen der andern Redner zu verspüren, und der Glanz der Rede verhinderte wohl ein oder das andere Fragezeichen, das bei einer nüchterneren und weniger formgewandten Rede aufgetaucht wäre. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Inhalt

etwa mit der Form nicht in Übereinstimmung gewesen sei, es war ein mit großer Überzeugungskraft und innerer Klarheit vorgetragenes Bild von der heutigen Lage. Der Redner schilderte zunächst den Umschwung in der Denkmalpflege, wo man sich bemühe, den überkommenen Kunstdenkmälern „das Brandmal des Geftrigen“ zu nehmen und sie als ein Lebendes zu werten, als ein lebendiger Ausdruck der Geistigkeit, der in die Zukunft weist. Er unterstrich die wachsende Bedeutung des Feuilletons der Tageszeitungen für die Kunstkritik, für die Verbindung von Künstler und Volk. Vor wenig Jahrzehnten sei die Kunst heimatlos gewesen; heute erkenne man, daß Museumslust lähme statt anreize. Die Architektur habe ihren Primat wieder zurückgewonnen. Die Kunst habe wieder einen festen Boden, atme wieder Heimatluft. In diesem Gedanken berührte er sich mit Zimmermann, der auch in der Wohnung als Kulturstätte den gegebenen Ausgangspunkt für eine organische Verbindung der verschiedenen Kunstgattungen sieht. Wir müßten wieder von der Freiplastik zur Architekturplastik, vom Tafelgemälde zum Wandgemälde kommen. Der Umschwung vollziehe sich weniger als Reformation, denn als Revolution.

Einen breiten Raum in seinen Ausführungen nahm sein Kampf gegen den „Kunstgenuß“, gegen die genießerische Auffassung der Kunst, ein. Kunst sei nicht Ästhetentum, sondern Selbstentäußerung, eine elementare Entladung des Innern. Vom Kunstwerk ginge eine magische Strahlung aus, eine Tiefenwirkung, die in das Unterbewußte reiche. Das Kernproblem bestehe darin, eine solche Verbindung zwischen Werk und Beschauer zu schaffen, daß der Durchbruch durch das Bewußtsein hindurch zu den Wurzelgründen gebe. Heute sei die Kunst Freiwild, weil jeder sich als berufenen Kritiker betrachte, auch wenn die Voraussetzungen dafür noch so jämmerlicher Natur seien. Es herrsche noch ein verfeinerter Naturalismus. Das Dogma, der Maler, der mit Pinsel und Blei photographiere, sei auf dem richtigen Wege, stehe noch fest. Staunen und Ehrfurcht müsse sich vor dem Kunstwerk einstellen. Die gefühlsmäßige Wirkung werde durch die inhaltliche Ausschöpfung eines Werkes nicht gesteigert. Die üblichen Führungen, beispielsweise in Kirchen, hätten wenig Wert; das Raumgefühl müsse entwickelt werden. Die gotischen und romanischen Bauten seien das stärkste Anschauungsmaterial für den Aufbau. Aber man dürfe nicht dabei stehen bleiben. Unsere Zweckmäßigkeitbauten (Fabriken, Verkehrsmittel, Maschinen) enthüllten einen neuen Schönheitsbegriff, der volksbildnerisch noch nicht erkannt, noch weniger verwertet sei. Bei den an den neuen Schöpfungen Arbeitenden bilde sich zwangsläufig ein neuer Formensinn aus. Hier sei anzusetzen. Die Wohnung erhalte einen ganz andern Charakter, weil der heutige Mensch wieder Nomade geworden sei. Das Ideal vom gemüthlichen Heim sei dahin. Die normierte Form herrsche, und das Entstehen wandernder Städte aus stählernen Zelten sei keine unmögliche Vorstellung. Sein Schluß klang in die Mahnung aus, die Heiligung der Kunst und des Schauens sei die Aufgabe aller, denen es ernst um eine wahre Kultur sei.

Eine Ausstellung von Originalen lebender Künstler und mit großer Sorgfalt ausgewählter Nachbildungen, als Gegenstück ein Kitschzimmer, sollte eine Anschauung davon vermitteln, wie man heute die Kunst in die Schule bringen könne. Über die Auswahl der Bilder waren die Ansichten geteilt. Es ist überhaupt deutlich geworden, daß der künstlerisch und pädagogisch sichere Blick auf diesem Gebiete noch weit weniger vorhanden ist als bei der Beurteilung der Literatur.

Daß aber auch da noch viel zu tun ist, zeigte der zweite Tag. Eine Zusammenfassung der Organisationen zum Zwecke der Verbesserung des ungenügend wirkenden Gesetzes zur

Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund war die Absicht der Vereinigten Prüfungsausschüsse bei der Einladung. Die einleitende Übersicht über die Wirkung des Gesetzes gab Brunkhorst, Hamburg. Er stellte eine Besserung gegen früher fest an Hand statistischer Zahlen aus den Hamburger Verhältnissen. Aber es seien zumeist andere Ursachen, nicht das Gesetz, für diesen Fortschritt zu verbuchen. Die Ausführung des Gesetzes ließe zu wünschen übrig. Die Landesjugendämter könnten die ihnen zugewiesene Aufgabe nicht leisten, sie bräuchten für die Einreichung von Anträgen der Mithilfe der Lehrerschaft und aller Organisationen, denen die Jugendpflege am Herzen liegt. Es hätten aber bisher alle mehr oder weniger versagt. Die Verbote der Prüfstellen bezögen sich meist auf den erotischen Schund; die eigentlichen literarischen Schundreihen seien fast noch nicht erfasst. Man müsse es erreichen, daß die Schundreihen als Ganzes verboten werden könnten, und daß nicht wie heute jedes einzelne Heft besonders behandelt werden müßte. Das Reich müsse für die Aufbauarbeit Mittel zur Verfügung stellen, die der frühere Reichsminister Dr. Külz im Reichstage in Aussicht gestellt habe, ohne daß aber eine Erfüllung der Zusage gekommen sei.

Die Aussprache war eine schwere Geduldsprobe für den Zuhörer, der um der praktischen Arbeit willen hergekommen war. Sie bewegte sich zum großen Teil auf andern Bahnen, und es sah eine Zeitlang so aus, als sei die Tagung nur zu Redeübungen veranstaltet worden. Es wurde ein ganz überflüssiger Gegensatz zwischen Jugendämtern und Lehrerschaft hergestellt und alle die positive Arbeit, die heute den Jugendämtern obliegt, in ausgiebiger Weise beleuchtet, jede negative Bekämpfung von Auswüchsen als Kraftvergeudung abgetan. Weltanschauungs- und politische Gegensätze tauchten auf, weil man sich unter Nichtbeachtung der eng gestellten Aufgabe auf allgemeinen Geleisen bewegte. Die große Mehrheit der Versammlung stellte sich auf den Boden der Brunkhorst'schen Anregungen. Die Zusammensetzung dieser Mehrheit war allerdings nicht ersichtlich. Es soll nun ein Ausschuß eine Denkschrift vorbereiten, welche den Organisationen vorgelegt und hernach dem Reichsministerium und dem Reichstage eingereicht wird. Es wäre zu wünschen, daß eine möglichst breite Grundlage für die Weiterarbeit gefunden werde; die Gegensätze sind ja nicht grundsätzlicher Natur.

Die Vorbereitung derartiger Tagungen kann, wie sich mit Deutlichkeit gezeigt hat, ohne eine vorherige Fühlungnahme der hauptsächlich in Betracht kommenden Organisationen nicht auskommen. Ziel und Zweck sollten genau vorher umrissen und eine grundsätzliche Einigung erzielt sein, sonst besteht die Gefahr des Entgleisens oder der Entfremdung, wenn keine gemeinsame Grundlage gewonnen wird. Auch bei der ersten Tagung kam die organisatorische Seite zu kurz. Die Arbeit sollte planmäßiger und fester gefügt sein. So ist der Erfolg fast ganz dem Zufall ausgeliefert. Anregungen, die persönlich und in der Volksbildungsarbeit weiter wirken, sind sicher von den Vorträgen und den Verhandlungen ausgegangen. Wenn die Drucklegung beendet ist, wird in der Schulzeitung eine Anzeige erfolgen. Die Anschaffung sollte für jede Schule geschehen. Nur wenn die ganze Lehrerschaft inneren Anteil nimmt, und daran ist nicht zu zweifeln, kommen wir auf diesem Gebiete weiter.

H. Schilling.

### Die Feudenheimschule.

Es ist seit langer Zeit eine liebe Gewohnheit von mir, einmal im Jahre die Feudenheimschule zu besuchen, die ja ihre Pforten in bereitwilliger Weise jedem öffnet, der bei ihr

anklopft. Und so war ich denn auch im letzten Herbst mitten in diesem neuzeitlichen Schulbetriebe.

Herr Enderlin nahm uns in äußerst liebenswürdiger Weise in Empfang, und nach einigen grundlegenden Erklärungen über die Ziele der Feudenheimer Versuchsschule begaben wir uns unangemeldet in die einzelnen Klassen. Ein kurzes Klopfen, ein Händedruck mit dem Klassenlehrer, und wir standen vor einem III. Schuljahr. Ich sehe sie heute noch vor mir sitzen, die aufgeweckten Buben, wie sie sich, an ihren Tischen sitzend, zu vieren unterhielten. Gruppenarbeit! Es galt, die Eindrücke des Vortages auszutauschen, wo sie mit ihrem Lehrerkameraden einen Beobachtungsgang an die Güterhalle gemacht hatten. Einige Minuten, dann wählte jede Gruppe ihren Berichterstatter. Und bald stand so ein kleiner Knirps vor seinen Kameraden und erzählte von seinem Erleben. Wir waren erstaunt über die scharfe Beobachtungsgabe. Nun ein Stocken, dann ein ratloser Blick aus ängstlichen Kinderaugen. Aber schon griffen, ohne Aufforderung des Lehrers, seine Mitschüler ein. Fragen schwirrten. Ein merkliches Aufatmen in der Brust des Vortragenden. Sein Redefluß war neu erwacht, und glatt löste er seine Aufgabe. Eine Glanzleistung von Zusammenarbeit. Jetzt trat ein neuer Wortführer auf den Plan. Wieder das gleiche bezaubernde Bild. Welche Fülle von Arbeitsfreude in diesen kleinen Köpfen! Da gab's keinen Zwang; das war freie Arbeitsweise im wahrsten Sinne des Wortes. Da hörte man keine eingedrillte Katechese; das war lebendiges Tun. Das war kein oberflächliches Beobachten, sondern ein tiefes Eindringen in den Stoff. Schon ging es weiter. Es galt, das Gesehene in der Zeichnung festzuhalten. Einige Striche von Schülerhand, und es stand ein unbestimmtes Etwas auf der langen Tafelwand. Schülerfragen. Schon wissen wir, was es sein soll: die Schiebetür der Güterhalle. Kritik und Abänderungsvorschläge, alles ohne Eingreifen des Lehrers. Alle halfen mit. Jeder gab sein Bestes. Und von 20 impulsiven Kinderhänden gezeichnet, stand die Schiebetür in kurzer Zeit selbständig erarbeitet auf dem Schiefer. Diese Arbeitsweise ist überwältigend und greift warm ans Herz. Wenn da und dort die irrtige Meinung herrschen sollte, als ob man den Besuchern ein wohlvorbereitetes Schauspiel zeige, so tut man dem Feudenheimer Schulsystem bitter Unrecht. Es ist nach meinen Eindrücken geradezu ein Ding der Unmöglichkeit, daß hier mit der Streubüchse gearbeitet wird. Einen solchen Unterricht kann man nicht einüben; der entsteht von selbst und ist da. Und der Lehrer? Ich habe ihn bis jetzt mit keinem Wort erwähnt. Er ist der stille Führer und Leiter dieser Klassengemeinschaft. Ein lächelnder Blick, ein aufmunterndes Nicken, ein Beschwichtigen mit der Hand, wenn die Begeisterungswogen gar zu hohe Wellen schlagen. Und wenn wir es noch nicht wußten, so erfuhren wir es aus dem herzlichen Sprechen, den er mit seinen kleinen Mitarbeitern nach getaner Arbeit anschlug: er ist ihr lieber Freund, ihr guter Kamerad.

Den gleichen Eindruck wie die Unterstufen erweckten auch die Oberklassen. Auch hier Selbsttätigkeit in weitest gehender Weise, auch hier freudige Mitarbeit, auch hier das überaus wohlthuende Verhältnis zwischen Lehrern und Kindern.

Nun noch einen Rundblick im Schulzimmer. Es macht einen traulichen Eindruck. Die kleinen Tische und Stühle, die so gar nicht daran erinnern, daß man in der Schule ist; die selbstgefertigten farbigen Bilder, die freundlich von den Wänden grüßen; der Strauß aus frischem Waldesgrün, der auf dem Tische stand; das wirkt anheimelnd, das erhebt die Herzen.

Wenn jemand aus den Bestrebungen der Feudenheimschule einen Gewinn zieht, so ist es in erster Linie der Be-

sucher. Neue Lust und Liebe zum Berufe, neue Fernsichten. Mit diesem Gefühle schied ich jedes Mal von Feudenheim. Meine heutigen Zeilen seien ein Dank an den Schulleiter und an alle Lehrkräfte, die als unermüdete Schrittmacher der sich nur langsam durchsetzenden Arbeitsschule dort wirken.

Feudenheim! Es ist nicht nur die Stätte ernster Arbeit, die bleibende Erinnerungen wach ruft. Gerne denke ich auch an die vom Verein Landschulheim ins Leben gerufenen Sommerfeste. Schöner kann die Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus kaum hervortreten als gerade durch diese Veranstaltungen. Hunderte von Hilfskräften aus allen Kreisen der Bevölkerung stellten sich an dem jeweiligen Festtage freiwillig der schönen Sache zur Verfügung. Nach dem Umzuge der Kinder, der durch seine originellen Gruppen überall Begeisterung weckte, ging es zum festlich geschmückten Schulhaus. Turnerische Übungen, Reigen der Mädchen, herrliche Chöre schufen den Rahmen. An Unterhaltung war das Äußerste geboten. Ganz Feudenheim war auf den Beinen. Man mag zu diesen Festen stehen wie man will; aber eines läßt sich nie und nimmer abstreiten: sie sind eine mächtige Brücke, die von der Schulgemeinschaft zu den Eltern führt. Die Feudenheimer Feste waren auch in finanzieller Beziehung stets ein voller Erfolg.

Im schönen Landstädtchen Waibstadt steht das aus dem Reinerlös erworbene Landschulheim. Hier können sich die Feudenheimer Buben und Mädchen nach Herzenslust tummeln. Was wußten sie bisher von der Schönheit des Waldes, was wußten sie von Bergen und Tälern? Eine andere Welt öffnet sich ihnen. Umhegt und umsorgt von ihren Lehrern, erschauen sie das Leben des Dorfes, atmen sie die klare, gesunde Landluft. Manches Kind ist schon nach kurzem Aufenthalt mit ansehnlicher Gewichtszunahme heimgekehrt, bewillkommnet von den dankbaren Eltern. Wer wagt da noch zu kritisieren? Hut ab vor solcher Tat! Ganz das gleiche Gefühl beherrscht auch die Einwohner. Nicht nur Kinder und Lehrer kommen sich durch diese enge, wochenlange Lebensgemeinschaft einander näher; auch die Eltern lernen es immer mehr schätzen, daß der Lehrer aus reinstem Empfinden heraus für das geistige und leibliche Wohl ihrer Kleinen Sorge trägt.

Es ist natürlich im Rahmen dieser kleinen Darstellung nicht möglich, ein erschöpfendes Bild der Feudenheimschule und ihrer Bestrebungen zu zeichnen. Aber so viel läßt sich entnehmen, daß hier Kräfte edelster Art am Werke sind, um all die Neuerungen auf pädagogischem Gebiete zu sichten und praktisch auszuwerten. Hier gilt es nicht, mit Sammlermühe alle Schwächen aufzudecken; da heißt es, mit leuchtenden Augen das zu erfassen, was Gutes geleistet wird.

Emil Hammer, Karlsdorf.

## Rundschau.

**Der Andrang zu den höheren Schulen.** Eine interessante Statistik wurde im Auftrag des Deutschen Städtetages aufgestellt und in der „Zeitschrift für gemeindliche Schulverwaltung“ mitgeteilt, und zwar über die Abwanderung der Schüler aus der Volksschule in die höheren Schulen. Am stärksten ist der Zudrang zu den höheren Schulen in Stuttgart, wo 52,5 Prozent von der Grundschule in die höheren Schulen abgehen. In Frankfurt sind es 45,7 Prozent, in Kiel 43 Prozent, in Stettin 34,2 Prozent. Durchweg ist der Prozentsatz in Norddeutschland größer. In München sind es 21 Prozent und in Nürnberg 30,8 Prozent.

**Pensionskürzung.** Unter Hinweis auf den sozialdemokratischen Antrag, die Höchstgrenze eines staatlichen Ruhegehaltes auf 12 000 Mk. festzusetzen, teilt der „Volksfreund“ eine obergerichtliche Entscheidung aus der Schweiz mit, nach der das Schweizer Bundesgebiet in Lausanne verfügt hat, daß die im Kanton Genf im Jahre 1926 durchgeführte Kürzung der hohen Pensionen zu Recht bestehe und die „wohlerworbenen Rechte“ der Beamten

nicht verleihe. Aus der Begründung teilt das Blatt u. a. mit: „Daß der Staat nicht nur Besoldungen und Pensionen durch Gesetz festsetzt, sondern auch Steuern, Post- und Bahnzölle usw. Auch auf ideellem Gebiet übernehme der Staat bestimmte Verpflichtungen, wie z. B. in bezug auf Schulbildung, Hygiene, Wohlfahrtsrichtungen usw. In allen diesen Dingen steht ihm unbestritten das Recht zu, seine Leistungen zu erhöhen, zu vermehren, oder — wenn öffentliche Interessen es erfordern — zu vermindern und herabzusetzen. . . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Staat berechtigt ist, ein bestehendes Recht durch ein neues Gesetz zu ersetzen. . . . Verlangen kann man nur vom Staat, daß er bei der Änderung des Inhalts solcher Gesetze, mit denen Rechte Dritter verbunden sind, nicht willkürlich vorgehe, sondern innerhalb der Grenzen der Wahrung des öffentlichen Wohls, der Billigkeit usw., die Interessen der Mitbeteiligten nach Möglichkeit wahre.“ Weiter: „Der Beamte steht nicht über und nicht neben dem Staat — auch der pensionierte nicht —, sondern er bildet einen Teil des Staatsorganismus und teilt damit das Schicksal des Staates im Erfolg und Mißerfolg. Und wie die allgemeine Finanzlage des Staates Einfluß hat auf die ganze Finanzgebarung des Staates im Dienste der Allgemeinheit, so kann sie auch nicht ohne Einfluß bleiben auf die Ordnung der Besoldungen, Ruhegehälter und die Finanzpolitik überhaupt.“

**Deutschnationale Schulpolitik.** In Nr. 237 des „Tag“ schreibt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Katholikenausschusses der Partei Prof. Spahn über den Sinn des deutschnationalen Schulantrages. Nach ihm kommt es darauf an, „für unser geschichtliches Erbe an Schulformen“ Sicherungen zu schaffen, — nämlich dort, wo die Bekenntnisschule besteht! — zugleich aber einer „neuen dynamischen Kraft“, dem Elternwillen, im Schutze einen Weg zu bahnen (nämlich dort wo, wie in Baden und Sachsen eine gemeinsame Schule besteht). Damit der Elternwille aber auch richtig wirksam werde, soll „Verschleierungen“ vorgebeugt werden und zu diesem Zwecke die Grenze zwischen Bekenntnis- und Simultanschule „für das Auge des einfachen Mannes erkennbar bleiben“. Der Entwurf der Deutschnationalen erkenne an, „daß sich die Kirche als Einrichtung gegen den Geist, der in der Schule, wiederum als Einrichtung waltet, nicht gleichgültig verhalten kann“; er wolle aber auch das Standesempfinden der Lehrerschaft schonen und daher die unmittelbare Einflußnahme der Geistlichkeit fallen lassen. Statt dieses „unmittelbaren“ Einflusses erhofft Spahn einen umso stärkeren mittelbaren auf dem Weg über seinen Elternwillen „wie ich ihn auffasse“.

**Die Lebenshaltungskosten.** Die Reichsrichtziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Oktober mit 152,1 gegen 152,3 im Vormonat nahezu unverändert geblieben. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 151,8, für Wohnung 125,9, für Heizung und Beleuchtung 149,7, für Bekleidung 171,5, für den „sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 190,7.

**Für den Deutschunterricht in Lothringen.** Der lothringische Generalkonvent nahm mit allen gegen eine Stimme bei einer Stimmhaltung einen Antrag des Abg. von Saargemünd an, wonach in allen Volksschulen des deutschsprechenden Gebietes vom ersten Schuljahre an Deutsch gelehrt werden soll. Der Abstimmung ging eine lebhafte Aussprache voraus, in der der Antragsteller auf die Vor- und Nachteile des Zweisprachenunterrichts hinwies und erklärte, er lasse sich bei seinem Antrag von politischen und pädagogischen Erwägungen und dem Wohle Frankreichs leiten.

**Freizügigkeit der anhaltischen Lehrerstudenten.** In Ergänzung früherer Bekanntmachungen betreffs Berufsausbildung der Lehrer und Lehrerinnen gibt die Anhaltische Regierung bekannt, daß die anhaltischen Abiturienten und Abiturientinnen, die sich dem Volksschullehrerberufe widmen wollen, sich auch auf der Universität Hamburg ausbilden lassen können. Mit der Erschließung der Hamburger Universität für anhaltische Lehrerstudenten ist ein vorläufiger Abschluß unserer Bestrebungen erreicht. Dank der vorbildlichen Bemühungen der anhaltischen Regierung stehen nunmehr drei Universitäten (Jena, Leipzig, Hamburg) und zwei Technische Hochschulen (Dresden und Braunschweig) für die Ausbildung der anhaltischen Lehrer offen.

**Hauswirtschaftlicher Unterricht für Knaben.** Aus der Schweiz berichtet die Allg. D. Ltg.: „Über den hauswirtschaftlichen Unterricht für Knaben, der im Herbst des vergangenen Jahres nunmehr auch in Langenau eingeführt wurde, liegen jetzt die ersten Berichte vor. Die Haushaltungsschule für Knaben zählte 37 Schüler. Lehrgegenstand waren: Hausarbeit, Aufräumen, Abstauben, Aufbetten, Kleider reinigen, Knöpfe annähen usw. Die hauswirtschaftliche Abteilung ist der dortigen Volksschule angegliedert. Die Teilnahme

am hauswirtschaftlichen Unterricht steht jedem Schüler frei.“ — Ein tiefer Sinn ...

**Berlins Kulturhaushalt.** Die Stadt Berlin hat für das gesamte Schulwesen im Haushalt für 1928 einen Betrag von 125 471 650 Mk. eingeseht bei einem Gesamthaushaltsbetrag von 472 667 840 Mk. Es spricht für den starken Kulturwillen der Berliner Schulverwaltung, wenn sie den Rückgang in der Kinderzahl nicht zu Einsparungen benutzt hat. So konnte sich der Geburtenrückgang auf eine Senkung der Klassenstärke auswirken, die in Alt-Berlin von 44,24 im Jahre 1915 auf 35,81 am 1. Mai 1924 und 33,99 am 1. Mai 1928 gesunken ist.

**Die Gefährdung der gemeinsamen Schule in Thüringen.** In Thüringen hatten sich die Parteien und Religionsgesellschaften im Einverständnis mit der überwiegenden Zahl der Eltern und der Lehrer dahin geeinigt, im Interesse einer Vermeidung von unheilvollen und unnötigen Schulzerpitterungen alle Wünsche auf Errichtung von Sonderschulen weltanschaulichen oder bekenntnismäßigen Gepräges zurückzustellen, um in der Gemeinschaftsschule vor allem die Erziehung zum deutschen Staatsbürger zu pflegen. Jetzt sind die Freidenker im Bunde mit einigen Sozialdemokraten dabei, die geschaffene Einheit wieder zu zerstören. Gegen solche Pläne wendet sich eine Kundgebung des Thüringer Volkskirchenbundes, in der es u. a. heißt: „Die Thüringer Gemeinschaftsschule und mit ihr die Thüringer Schulgemeinschaft sind in Gefahr. Die Freidenker haben neuerdings die Zusage parlamentarischer Beihilfe auch von Seiten führender sozialistischer Abgeordneter erhalten, daß ihre Forderung rein weltlicher, religionsloser Schulen bei der Regierung durchgesetzt werden soll.“

Wir lehnen es auf das schärfste ab, ihnen auf diesem Wege durch Errichtung kirchlicher Bekenntnisschulen zu folgen und uns mitschuldig an der Zerreißung der Thüringer Schul- und Volksgemeinschaft zu machen. Mögen die Freidenker allein diese Schuld vor der Geschichte tragen!

Die Thüringer Gemeinschaftsschule hat bereits so tiefe Wurzeln in unserm Volkstum geschlagen, daß trotz aller freidenkerischen und sonstigen Abpitterungen, die kommen mögen, ihr Bestand auch in Zukunft gesichert ist.“

Ebenso wendet sich der Thüringer Landesverein des Evangelischen Bundes mit aller Schärfe „gegen die mit immer größerem Nachdruck einsetzenden Bemühungen freidenkerischer Kreise, aus der Thüringer Schule eine freidenkerische Bekenntnisschule zu machen.“ Selbstverständlich kann man in Thüringen ebensowenig wie anderswo weltliche Schulen im Sinne des Art. 146, Abs. 2 der Reichsverfassung errichten. Es kann sich nur um „Sammelschulen“ handeln, wie sie in Preußen und Braunschweig bestehen, in denen die Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, gesammelt werden. Bisher hat man in Sachsen, Thüringen und andern Ländern, wo die „Gemeinsame“ Schule gesetzlich festgelegt ist, von der Einrichtung solcher „Sammelschulen“ abgesehen. Es wäre ein Verhängnis, wenn man auch hier die Schulzerpitterung über die Schuleinheit stellen wollte.

## Verschiedenes.

**Neckargemünd.** Der Betrag für die Hoerdt'schen Bücher (Muttersprache = 2,48 Mk.; Vom Sinn der Schule = 2 Mk.; Geschichte und Geschichtsunterricht = 4 Mk.) wolle umgehend auf mein Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 76 828 überwiesen werden. M. Krämer.

**Deutsche Schulen im Ausland.** Die Zeitschrift der deutschen Schulen in Buenos-Aires beschäftigt sich in einem Aufsatz über „die inneren Fragen des deutschen Schulwesens in Argentinien“ eingehend mit den Schwierigkeiten, die die Arbeit des deutschen Lehrers in Südamerika (wie wahrscheinlich allenthalben im Ausland) hemmen und sie oft fast erfolglos machen. Aber die Bemühungen der deutschen Lehrerschaft in Argentinien gerade um ihre schwerste Aufgabe, um die Einführung der argentinischen Lehrer in deutsches Denken und Fühlen, in deutsche Kulturkunde, gibt der Aufsatz ein ergreifendes Bild. Oft ist diese Aufgabe überhaupt nicht restlos zu lösen; denn die Kinder deutscher Eltern, die ihr Vaterland nie gesehen haben und es kaum dem Namen nach kennen, stehen dem deutschen Wesen von vornherein fremd und ablehnend gegenüber. Bestenfalls leidet ein solches Kind unter der Zwiespältigkeit seiner Stimmung; es ist Fremdling im Heimischen und heimisch am Fremden. Dem Lehrer erwächst daraus die nicht leichte Pflicht, diese Empfindung zu achten, und die ihm anvertrauten Schüler mit leiser Hand zu sich und den Werten der alten Heimat hinüberzuziehen; jede Gewalttätigkeit, jedes gebieterische „Gedenken, daß du ein Deutscher bist!“ würde nur die Lage verschlimmern. Nicht davon sprechen, aber immer daran denken.

Aus diesen Schwierigkeiten ergeben sich dem (ungenannten) Verfasser die hohen Forderungen, die er an den deutschen Auslandslehrer stellen muß:

„Das Beste muß er geben, was ein Mensch zu geben hat, seine eigene Persönlichkeit. In ihm sehen die Kinder ein Stück deutschen Wesens. An ihm lernen sie ermessen und begreifen, was deutsche Art ist. Aus seinen Worten, seinem Beispiel spricht die alte Heimat mit überzeugender Stärke zu ihnen. Ein frischer, klarer und fester Mensch soll er sein, der ohne Klassen- und Parteigeist tief in deutscher Bildung wurzelt, aufnahme- und anpassungsfähig für die neue Umgebung und die jungen Menschen, die er bilden soll. Wer etwas anderes sucht, etwa nur „seinen Horizont zu erweitern“, oder wer gar nur äußere Vorteile erwartet, der möge lieber daheimbleiben.“

Und dann fährt der Verfasser wörtlich fort: „Eins aber muß dem Reich und den Bundesstaaten mahnend ans Herz gelegt werden: Der Dienst an deutschen Auslandschulen muß wie der Inlanddienst bewertet werden. Die Lehrkräfte, die ins Ausland gehen, dürfen nicht entlassen, sie müssen beurlaubt werden; es muß ihnen die Wiedereinstellung in den Heimatdienst sichergestellt und die Dienstzeit draußen auf ihre Ruhegehaltsberechtigung angerechnet werden. Damit würden Schule und Lehrer im Ausland schwerer Sorge enthoben; der Erlaß von drüben wäre sichergestellt, und die Arbeitsfreudigkeit würde wesentlich erhöht werden. Ohne den dauernden Erlaß von Lehrkräften aus der Heimat muß die Auslandschule verdorren. Wann werden wir einmal das so nötige Reichsgesetz hierüber erhalten?“

Diese Forderungen erscheinen uns dringend und seien darum auch hier nachdrücklich unterstrichen. K. H.

## Bücherchau.

Die hier angezeigten Bücher liefert die Sortimentsabteilung der **Konkordia A.-G.** Bühl (Baden) zu Originalpreisen

**Waldemar von Bauhnern: Choralwerk.** 26 Choräle im drei- und vierstimmigen Chorfaß. Moritz Schauenburg, Lehr. Der dreistimmige Satz ist für Frauen- oder Knabenstimmen gesetzt, oft auch mit einer Bassstimme. Im vierstimmigen Satz ist der Tenor ausgeschaltet; dadurch wurde eine höhere polyphone Bedeutung und Klangwirkung erzielt. Auch in diesem kleinen Choralwerk hat uns von Bauhnern durch den vorbildlichen Satz eine Bereicherung der Choralwelt gegeben. D. A.

**Das Aquarium.** Herausgeber Dr. Ernst Ahl; Verlag: Das Aquarium, Berlin SW 68, Hollmannstr. 32.

Die Zeitschrift wählte den Namen „Das Aquarium“, weil auf dem Gebiete der Zierfischzucht, Terrarien- und Insektenkunde bisher eine hochwertige Literatur nicht vorhanden war. Die Abbildungen sind sämtlich nach Naturaufnahmen hergestellt. Sie erscheint monatlich, das Heft bei Dauerbezug 1,25 (sonst 1,50 Mk.). Vereine von mindestens 10 Mitgliedern erhalten das Heft für 85 Pfg.

## Aus den Vereinen.

**Krankensfürsorge bad. Lehrer.** Der Verwaltungsrat war bestrebt, im verflossenen Jahr allen noch Fernstehenden den Beitritt möglichst zu erleichtern. Nun aber müssen vom 1. Januar 1929 ab alle diese Vergünstigungen in Wegfall kommen. Es treten also die Paragraphen 3 und 12 der Satzung wieder voll in Kraft. So beträgt nach § 3 die Aufnahmegebühr für den Hauptversicherten 2 Mk., für jede weitere Person 1 Mk. Nach § 12 beginnt der Anspruch auf Unterstützung erst nach Ablauf von 3 Monaten vom Beginn der Mitgliedschaft an gerechnet.

Der Verwaltungsrat:

Knaus. Haas. Großholz.

## Vereinstage.

**Die Einsendungen für Konferenzanzeigen und Vereinstage müssen spätestens Mittwoch 12 Uhr mittag in der Druckerei Konkordia A.-G., Bühl sein.**

**Wahlkreis 7. Voranzeige.** Am 26. Januar findet in Medesheim Kreisversammlung statt. Obmann Hofbein z spricht! Genaueres folgt nach. Der Beirat: Wohlfarth.

**Achern. Mittwoch, 9. Januar, nachm. 3¼ Uhr, in der Hoffnung in Achern Vereinstagung.** Geschäftsordnung: 1. Bericht über die Dienststellenausschüttung. 2. Unser Bericht über das

Schubertische Sprachbuch und die Schriftleitung der Badischen Schulzeitung. 3. Mitteilungen. 4. Neuwahlen. Um zahlreichen Besuch bitten!

**Adelsheim.** Tagung am 9. Januar, 3 Uhr nachm., in Adelsheim (Hirsch). I.-D.: 1. Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes. 2. Neuwahl des Bezirksvorstandes. 3. Vortrag von Herrn Kollege Schneider (Binau): „Der arbeitsschulmäßige Aufsatz- und Rechtschreibunterricht“. 4. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagung fehle niemand. Wer nicht um 3 Uhr erscheinen kann, kommt um 4 1/2 Uhr noch rechtzeitig zum Vortrag und zur Wahl. Der Vorsitzende: Wolff.

**Breisach.** Tagung am 12. Januar 1929 im Silbernen Turm. Beginn 14 1/2 Uhr. I.-D.: 1. Jahresbericht. 2. Rechnungsablage. 3. Mitteilungen. 4. Wahlen. 5. Arbeitsplan für 1929. Allen ein frohes Neujahr. Josef Ucker.

**Bruchsal.** Am 12. Januar, Tagung 2 1/2 Uhr, im „Hohenegger“ in Bruchsal. I.-D.: 1. Vortrag: „Was muß der Lehrer vom Steuerabzug wissen? (Finanzinspektor Säger in Bruchsal.) 2. Bezirksvereinswahlen. 3. Verschiedenes. Um vollzählige Beteiligung wird gebeten. Weinmann.

**Efringen.** Mittwoch, 9. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, im „Wittich“. I.-D.: 1. Aussprache über das Vereinsthema: Die Schule im Dienst der Volks- und Völkerverbündung. 2. Wichtige Besprechung über eine öffentliche Veranstaltung unserer Konferenz. Wir bitten um vollzähligen Besuch! Wäldin.

**Ruheständlervereinigung Freiburg und Breisgau.** Versammlung: Samstag, 12. Januar, nachm. 3 Uhr, im „Künstlerhaus“, Bertholdstr. 23, II. Stock, vorderer Saal. Martin.

**Freiburg-Land.** Am 12. Januar, nachm. 3 Uhr, Tagung im Sutterbräu in Freiburg. I.-D.: 1. Wahl der Konferenzbeamten und der Mitglieder des D.-A. 2. Bericht des Herrn Koll. Storz-Gallenweiler über Besprechungen der D.-A.-Mitglieder. 3. Vortrag des Unterzeichneten: „Heimatkundliche Streifzüge“. 4. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen der Konferenzmitglieder erwartet. Feyel.

**Schulkreis Freiburg.** Neuwahl zum Dienststellenausschuß betr. Die Konferenzen des Schulkreises sind gebeten, zwecks Aufstellung der Gesamtliste noch während des Monats Januar die Wahlvorschläge zu bestimmen und Herrn Storz-Gallenweiler, Amt Staufen, mitzuteilen. — Die Herren Vorsitzenden und Vertreter der Sondergruppen werden besonders benachrichtigt bzw. beauftragt. — Die derzeitigen D.-A. Mitglieder sind zur Teilnahme an der nächsten Tagung des Bez.-Vereins Freiburg-Land (s. dort. Anzeige) am 12. Januar eingeladen, wobei Herr Storz über die Beratung der D.-A.-Obmänner in Freyersbach berichten wird. Fr. Goldschmidt, Ballrechten.

**Heiligkreuzsteinach.** Am Samstag, 12. Januar, halten wir unsere nächste Konferenz. I.-D.: 1. Wahl der Konferenzbeamten. 2. Vortrag des Herrn Stenzel-Flodenbach: „Willi Münch — ein Schüler Hans Thoma's.“ Damit verbunden ist eine Ausstellung von Werken des Malers Willi Münch. Um vollzählige Beteiligung wird gebeten. Eiermann.

**Kehl.** Mittwoch, 9. Januar, nachm. 3 Uhr, im „Bad. Hof“. I.-D.: 1. Bericht über die letzte Dienststellenausschußsitzung. 2. Neuwahlen. 3. Verschiedenes. Es bitten um zahlreiche Beteiligung Der Vorsitzende.

**Kenzingen.** Samstag, 12. Januar, nachm. 1/3 Uhr, Tagung im „Veller“ in Kenzingen. I.-D.: 1. Regelung des Zwischenfalls „Völkerverbündung“. 2. Jahresbericht und Rechnungsablage. 3. Neuwahl der Konferenzleitung. 4. Verschiedenes. Febr. Wohl.

**Lörrach.** Am 12. Januar, nachm. 3 Uhr, Tagung im „Lasser“ in Lörrach. I.-D.: 1. Tätigkeitsbericht des Vorstandes. 2. Rechenschaftsbericht des Rechners. 3. Wahl des Konferenzvorstandes. 4. Vereinsamtliche Bekanntmachungen und Verschiedenes. Alle Mitglieder werden gleichzeitig auf die Kreisversammlung am

19. Januar 1929 in Leopoldshöhe aufmerksam gemacht. Um vollzählige Teilnahme bei beiden Tagungen wird dringend gebeten. Der Vorsitzende: Kiechle.

**Arbeitsgemeinschaft Lörrach-Schoppsheim.** Montag, 7. Januar, abends 6 Uhr, treffen wir uns im Ochsen in Steinen. Martha Edelmayer ist zum letzten Mal bei uns. Musikant mitbringen. Dreglin.

**Meersburg-Markdorf.** Samstag, 12. Januar, nachm. 1/3 Uhr in Ittendorf. I.-D.: 1. Vortrag des Koll. Fr. Wochner „Jugendfürsorge im Roten Kreuz“. 2. Bericht über die D.-A.-Sitzung (Oberl. A. Mayer). 3. Wahl der Vereinsbeamten. E. Singer.

**Müllheim.** Samstag, 12. Januar, nachm. 1/3 Uhr (pünktlich!) in der Volksschule (Zeichensaal) in Müllheim Tagung mit folgendem I.-D.: 1. Lichtbildervortrag: Schreibwerkzeuge und Schrift (der Unterzeichnete). 2. Wahl. 3. Verschiedenes. Alf. Schlecht.

**Pforzheim-Land.** Samstag, den 12. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, „Kettlers Brauhaus“ in Pforzheim, Vereinstagung. I.-D.: 1. Schulpraktische halbe Stunde (Klassenverteilung und Stundenplan — Aussprache). 2. Rechtschutz und Haftpflicht des Bad. L.-V. (Vortrag von Herrn E. Weber-Sieb — Aussprache). 3. Wie entsteht ein Heimatbuch? (Vortrag von Herrn Menz — Aussprache.) 4. Bericht über die D.-A.-Sitzung vom 13. Dezember 1928; Wünsche und Anträge für den D.-A. 5. Vereinsamtliches. 6. Verschiedenes.

Zum Jahreswechsel entbiete ich allen Mitgliedern im Namen des Bez.-Vereins besten Gruß und bitte auch im neuen Jahr um rege Mitarbeit zu Ruh und Frommen der Schule und unferes Standes. Grabenstätter.

**Bez.-L.-V. Säckingen.** Am Dienstag, dem 8. und Mittwoch, dem 9. Januar, spricht Herr Kollege Keifel aus Mannheim über „Geistesbildung und staatsbürgerliche Bildung im Rechenunterricht der Volksschule“. Die Vorträge finden statt am Dienstag in der Aula des Schulhauses in Säckingen, um 1/3 Uhr beginnend, am Mittwoch im Zeichensaal des Schulhauses in Rheinfelden, Beginn um 2 Uhr. Das Kreis Schulamt hat die Mitversicherung des Unterrichts am Dienstagnachmittag durch Nichtteilnehmer, bzw. Unterrichtskürzung durch Kombination mit dem Vormittagsunterricht allgemein genehmigt. Jeder Schulort soll über die Regelung berichten. Herr Kreis Schulrat Eisinger hat seine Anwesenheit beim Kurs zugesagt. Gäste aus den Nachbarbezirken sind willkommen. Ruhn.

**Stöckach.** Samstag, 12. Januar, nachm. 3 Uhr, Tagung in „Germania“, Stöckach. I.-D.: 1. Jahres- und Rechenschaftsberichte. 2. Wahl des Bezirksvereinsvorstandes. 3. Verschiedenes. Stoffler.

**Triberg.** Samstag, 12. Januar, nachm. 3 Uhr, im Schulhaus hier. I.-D.: 1. Verdrängung und Neurose. Gemeinsame Arbeit. 2. Wahl der Konferenzbeamten. 3. Zuschriften des Vereinsvorstandes. 4. Wahl für den Dienststellenausschuß. 5. Wünsche und Anträge. E. Roth.

**Waldshut.** Samstag, den 12. Januar, nachm. 1/3 Uhr, im „Schwanen“, Tagung. I.-D.: 1. Tätigkeitsbericht für 1928. 2. Bericht über die D.-A.-Sitzung. 3. Wahl der Konferenzbeamten. 4. Verschiedenes. — Vor der Tagung Bücherausgabe im Schulhaus. F. Lockheimer.

**Waldshut-Jollauschluß.** Samstag, 12. Januar, nachm. 3 Uhr, Tagung im Schulhaus, Jellerten. I.-D.: 1. Berichterstattung über die letzte Dienststellenausschußsitzung. 2. Besprechung über Anschließ an die Bild- und Filmarbeitsgemeinschaft Oberheim. 3. Verschiedenes. Schwab.

**Weinheim.** Samstag, 12. Januar, nachm. 4 Uhr, in der Turnhalle des Realgymnasiums. Herr Oberingenieur Feuerle von der Zeppelinwerft in Friedrichshafen spricht über das interessante Thema: Mit dem L. 3. 127 nach Amerika und zurück. Da eine große Nachfrage nach Eintrittskarten besteht, bitte ich die Vertrauensleute, die übrigen Karten sofort an mich zurückzugeben. Sachs.

## Rauchen Sie Steuer ??????

Zigaretten u. Zigarren sind weit höher versteuert als Pfeifentabak! Schmeckt Ihnen die Pfeife nicht? Nun, so schaffen Sie sich eine **De Voorde-Patentpfeife** an; so heißt die einzige wirkliche Gesundheitspfeife der Welt, aus der selbst ein billiger Tabak vorzüglich mundet! Keinerlei Sud kommt in den Mund! Bestellen Sie zu Mk. 3.—, 3,40, 3,90, 4,30, 4,90 oder 5,90 zuzügl. 0,40 Porto u. Nachnahmegebühr bei

Junglehrer Fritz Mutschler, pr. Adr. Weigand  
Baden-Baden, Fremersbergstr. 105  
Prospekt umsonst.

## Violinen



sowie alle anderen Instrumente u. Saiten liefert in anerkannt erstklassiger Qualität

L. P. Schuster,  
Markneukirchen 238. Katalog fr.  
Hoh. Rabatt f. Lehrer, Teilzahl.

## Tafelwischer, Record

Ein Versuch lohnt sich!  
Preis Mk. 2 75 Konkordia, Böhl.

## Bei Einkäufen

und bei allen Anfragen, bitten wir die Leser sich stets auf die Anzeigen in der Bad. Schulzeitung zu berufen.



## Pianos Flügel · Harmonium

Teilzahlung · Miete  
Kataloge bereitwilligst

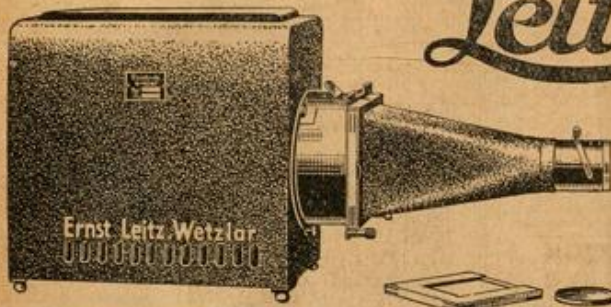
H. Maurer, Karlsruhe, gegr. 1879

Eckhaus Kaiserstrasse 176 Straßenbahn-Haltestelle

## Diapositiv-Projektionsapparate IV b und IV c

für kleinere Schulen und Vereine

# Leitz



Erstklassige Leistungen \* Mässiger Preis  
 Leicht transportabel \* Anschluss an jede Lichtleitung  
 Filmstehbild- und Mikroprojektion durch entsprechende Vorsätze ermöglicht  
 Fordern Sie kostenlos unsere Liste Nr. 3618

**Ernst Leitz, optische Werke Wetzlar.**

Lieferung und Vorführung durch die Fachgeschäfte.

## Piano

neuwertig und einige gebrauchte gt. durchreparierte laufend billigst zu verkaufen.  
**Pianohaus Kanitz Donaueschingen.**  
 Goldene Medaille Fachausstellung Tuttingen 1928.

### Eisu-Mo-Betten

Stahlmattzen, Kinderbetten günstig an Private. Katal. 123 frei Eisenmöbelfabrik Suhl (Thüringen)

Selt 1882  
**Hahn's Schultinten**  
 Weltbewährt in vielen 1000 Schulen Deutschlands. Siehe Badischen Schulkalender 1929.  
 Intengetsch Gust. Ad. Hahn Oberesflingen (Würtbg.)

## HOFBERG HARMONIUM



Zimmer-, Schul- und Kapellen-Harmoniums Pedal-Harmoniums mit und ohne elektr. Antrieb  
**M. HOFBERG**  
 HOF-HARMONIUM-FABRIK  
 LEIPZIG W 31

Gegründet 1891  
 Illustrierter Katalog frei  
 Niederlage in Karlsruhe H. Maurer Kaiserstr.176

## Darlehen

an Beamte v. 300 Mk. aufwärts u. Liegenschaftsgelder zu günstigen Bedingungen.  
**Treuhand- u. Revisionsbüro Willi Weiss, Börsenbau Mannheim.**

## Pianos

Qualitätsmarken  
 Vorleithalle Preise  
 Reichhaltige Auswahl  
 Bequeme Teilzahlungen  
 Franko Lieferung  
**Heckel, Pianohaus**  
 — gegründet 1821 —  
 Mannheim, O 3, 10 Kunststrasse.  
 Lieferant der Badischen und Bayerischen Beamtenbank.

## Brause

Federn

kleine Ornament 1mm



Cito 461, 4611



Rüffiker 647



Line der Düßmolin  
 Düßmolin  
 Anfertigung in Endruproben Karlsruhe

**Brause & Co. Isertal**

## C. OEHLER

### PIANOFORTEFABRIK

Inhaber: KLEMM & KIESS, Stuttgart

Adlerstraße 16

Telefon SA 70781

Gegründet 1857



Katalog gratis und franko

### Pianinos

### Flügel, Harmoniums

In allen Kreisen best eingeführtes, preisw. Fabrikat

## Günstige Kaufgelegenheit! Im Preis stark herabgesetzte Lichtbildwerfer:

**Lichtbildapparat Benzinger-Dipper I**  
 Für Glasbilderprojektion mit Doppelkondensator, Durchmesser 115 mm  
 Ohne Birne 204.— 105.—  
 Mit Birne 500 Watt 227.— 130.—

**Lichtbildwerfer Ungerhoff**  
 Projektionsapparat mit guter Optik für Glasbilder. Birne 500 Watt 260.— 150.—

**Lichtbildwerfer „Hora“**  
 Für Glasbilder mit 100 Watt-Lampe 72.— 36.—

**Lichtbildapparat „Verax“**  
 Auf beweglichem Stativ (auch zur Lichtbildreklame verwendbar) mit Lampe 100 Watt 70.— 35.—

**Globoskop**  
 Zur Projektion undurchsichtiger Gegenstände mit zwei 100 Watt-Lampen.  
 Kleine Ausgabe 40.— 20.—

Da jeder Apparat nur einmal vorhanden ist, müssen wir uns die Lieferungsmöglichkeit vorbehalten!

**Konkordia A.-G., Abt. Lehrmittel, Buhl/Baden.**

## Herrenstoffe

liefert in jeder Qualität zu erst preiswert bei Zahlungsvereinfachung  
**Melde & Co. — Tuche —**  
 Futterstoffe  
 Cottbus 4

Fordern Sie franko gegen franko unsere reichhaltige Musterauswahl mit Angabe d. Verwendungszwecke.

## Radio

Spezial-Geschäft  
**Ing. H. Duffner**  
 Karlsruhe, Markgrafenstr. 51  
 Erstkl. Empfangsgeräte

Komplette Anlagen einschließlich Lautsprecher v. 160 an. Dem Rabatt- und Ratenkauf abkommen der Badischen Beamtenbank in Karlsruhe angeschlossen.

Fertig gebuchte Flüss. hochkonzentrierte Tinteneextrakte. Schnell und reiflos lösliche Tintenpulver. Alleherbe staubfreie Wandtafel-Kreide Preise u. Tintenproben gratis.  
**Chem. Fabrik Nicolai, Viersen 15.**

### Steppdecken

(a. Wollfüllungen, Fabrikpreise)  
**Steppdeckenfabrik A. Dohert Duderstadt.** Preisliste frei. Musterkarten gegen Rücksendung.

### Heiratsanzeigen

(keine Gesuche)  
**Verlobungs- und Todes-Anzeigen**

aus Mitgliederkreisen gehören in die Badische Schulzeitung für derartige Inserate werden 20 Proz. Rabatt vergütet.

## Nächste garantierte Ziehungen

**Kriegswitwen**  
Ziehung 11. 1. 29

**Blinden**  
Ziehung 24. 1. 29.

**Kulturstätten**  
Ziehung 26. 1. 29

**12.500 M 20.000 M 140.000 M**

Lose à 50 S., 11 St. 5 —

Lose à 1. —

Los 1. — \* Doppellos 2. — \*

Porto und Liste je 30 S. extra.

Zu haben bei  
**J. Stürmer**  
Lotterieunternehmer  
**Mannheim**  
Postscheckkonto 170 43  
Karlsruhe.

Gelegentlich meiner im Januar stattfindenden Reise nach Baden bin ich bereit, an Lehrer und Lehrerinnen kleinere Beträge bis zu einem Monatsgehalt, rückzahlbar ab März 1929 zu maß. Zinsen bei bequemer Rückzahlung abzugeben. Keine Bürgschaft erforderlich. Ich bitte aber um recht viele Anfragen. Vertrauliche Behandlung jeder Anfrage wird zugesichert.

**Gustav Sauer, Lehrer für Stott., Hamburg 1**  
Rathausstraße 2, Büro National.

## Tausch.

Eogl. Lehrer in Mannheim sucht mit solchem im Oberland (Waldeggend) zu tauschen. Bedingung: Beschaffung einer 3-4-Zimmerwohnung. Angeb. unt. **L. Z. 17** an die Konkordia A.-G., Buhl.

## HINKEL

Zimmer-Harmonium  
Schub-Harmonium  
Klavier-Harmonium  
Konzert-Harmonium  
Tropen-Harmonium  
Kant-Harmonium

## HARMONIUM

Ernst Hinkel, Harmoniumfabrik  
Ulm a. D. — gegr. 1880


Vertreter  
an allen größeren Plätzen

## Staedtler-Schulstifte



gleiten leicht über das Papier, ermüden die Hand nicht und haben eine große Bruchfestigkeit. Sie ermöglichen reibungsloses Arbeiten und erhöhen die Leistungen ganz erheblich.

**J. S. Staedtler**  
MARS-Bleistiftfabrik  
Nürnberg

Fabrik--Marke

Staedtler-Stifte seit 1662

Die **DBB** führt jetzt außer **HERREN-DAMEN-JUGEND-SPORT-BEKLEIDUNG**

**KAUFE GLEICH ZAHLE SPÄTER**

HERREN-ARTIKEL  
HERREN-HÜTE  
DAMEN-WASCHE  
DAMEN-STRÜMPFE  
BETT- u. TISCHWASCHE  
TEPPICHE  
GARDINEN

BEAMTE UND ALTE KUNDEN OHNE ANZAHLUNG

**Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft**  
MANNHEIM-02-2 PARADEPLATZ · NEBEN DER HAUPTPOST  
KARLSRUHE KRONENSTR. 40 · ECKE MARKGRAFENSTR.

Nur Nachnahme 6,75

4 Pfd. Schweinefleisch  
3 Pfd. Sälze  
2 Pfd. Blut- oder Leberwurst  
Wurstfabr. Bollmann & Co.  
Nortorf 245 (Holst.)

**Drucksachen**  
liefert preiswert und in kürzester Zeit die **Konkordia AG.**

**Pianos**  
**Harmoniums**  
**Ruckmich**  
Freiburg i. B. Gegr. 1827.  
**Sprechapparate**  
bei kleinen Raten

## Feinste Allgäuer Butter u. Käse

Stangen 20% Fett 55 S. p. Pfd.  
Emmentaler groß gelocht vollfett 1.50 S. p. Pfd.  
Emmentaler ohne Rinne 2 Pfd. Block 1.50 S. p. Pfd.  
Frühstück-Käsechen 40% Fett 15 S. p. Stck.  
Dessert-Käsechen 40% Fett 21 S. p. Stck.  
Camembert-Käsechen 50% Fett 20 S. p. Stck.  
Hochfeine Tafelbutter zum äußersten Tagespreis liefert ab Memmingen in 5 kg-Paketen auch gemischt gegen Nachnahme  
**Gustav Greiner Nachf.**  
Memmingen 14 Bayer. Allgäu  
Versuch führt zu Dauerbezug.

## Grösste Auswahl in Qualitäts-Pianos

zu äußerst günstigen Preisen und Bedingungen.  
Besichtigung ohne Kaufzwang. Kataloge gratis  
**Karl Hochstein, Heidelberg**  
Musikhaus, Hauptstraße 73.  
Zahlung durch die Badische Beamtenbank.

## 1a. Odenwälder Fleisch- und Wurstwaren

wie: **Krakauer, Bier-, Mett-, Hartwurst, Schwartenmagen, Frankfurter, Dürffleisch, Rollschinken** u. s. w. liefert zu billigsten Tagespreisen.  
**Karl Gärtner, Metzgermeister, Hardheim (Nordbaden).**  
Preisliste! Probepakete!  
Grosse Kundschaft in den verehrl. Lehrerkreisen!

# Bei uns finden Sie Markenklaviere von internationaler Bedeutung

Verlangen Sie bitte Kataloge

Freiburg i. B.	Heidelberg	Karlsruhe i. B.	Mannheim
<b>Musikhaus Liebers</b>	<b>Eugen Pfeiffer</b>	<b>Ludwig Schweisgut</b>	<b>Eugen Pfeiffer</b>
Salzstrasse 11.	Hauptstrasse 44.	Erbprinzenstrasse 4.	N 2, 11.



# Zeitter & Winkelmann

## Pianos und Flügel



*Überall findet man die wundervollen Z.&W. Pianos!*

seit  
90 Jahren



Dieses altbekannte, über die  
ganze Erde verbreitete gute

**Braunschweigische  
Fabrikat**

ist auch in den nachstehenden  
**10 Städten in Baden**

vertreten:

**Baden-Baden:** Rudolf Herrmann, Langestr. 53 u. 58

**Donaueshingen:** Musikhaus Kanitz, Max Egonstr. 25

**Heidelberg:** Karl Hochstein, Hauptstr. 73

**Karlsruhe:** Heinrich Müller, Schützenstr. 8

**Konstanz:** Lemper & Dimer, Hussenstr. 32

**Lörrach:** Hug & Co., Turmstr. 27

**Mannheim:** Mannheimer Musikhaus, O. 7, 13  
Heidelbergstr.

**Offenburg:** W. Knobloch, vorm. Fritzsche, Steinstr. 21

**Pforzheim:** Schmid & Buchwaldt, Poststr. 1

**Singen:** Eggli & Söhne, Scheffelstr. 3